

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1980

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Ausländer 1979

- 25 Die jährliche Auszählung des Ausländerzentralregisters gibt einen Überblick über die Zusammensetzung der Ausländerbevölkerung in unserem Lande.
-

Tätigkeit der Verwaltungsgerichte 1969 bis 1978

- 32 Die mit einer stärkeren Ausschöpfung des Hochschulrechtes und der Forderung fälliger Erschließungs- und Ausbaubeiträge sich ergebenden Streitsachen bewirkten einen erheblichen Anstieg der Verfahren bei den Verwaltungsgerichten des Landes.
-

Vorausschätzung der regionalen Geburtenhäufigkeit - Teil 2

- 38 Im Januarheft ist die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit seit 1950 dargestellt worden. Der zweite Teil dieses Beitrags bringt Hypothesen und Ergebnisse über die künftige Entwicklung der Fruchtbarkeit im Land Rheinland-Pfalz und in seinen Verwaltungsbezirken.
-

Regionale Bevölkerungsprognose

- 44 Über das Grundschema der regionalen Bevölkerungsprognose wurde bereits in den Statistischen Monatsheften berichtet. Inzwischen ist das Programm in wesentlichen Teilen revidiert worden. Die Berechnungsmethoden und die ihnen zugrundeliegenden Überlegungen werden ausführlich dargestellt.
-

Anhang

- 9* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
15* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

10% weniger Konkurse im Jahre 1979

Im Jahre 1979 meldeten die rheinland-pfälzischen Amtsgerichte insgesamt 425 Konkurse. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um fast 10%. Die meisten Konkurse der letzten zehn Jahre waren 1976 mit 539 Fällen registriert worden.

Bei drei Vierteln der 425 finanziellen Zusammenbrüche des Jahres 1979 kam es mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse gar nicht erst zur Eröffnung eines Konkursverfahrens.

Von der Gesamtheit der Insolvenzen entfielen 279 auf die Konkurse von Erwerbsunternehmen. Dabei spielt offensichtlich das Alter der insolvent gewordenen Firmen eine Rolle, denn 199 oder 71% von ihnen waren erst vor weniger als acht Jahren gegründet worden. Relativ am häufigsten, nämlich in 123 Fällen, waren die in der Rechtsform der GmbH geführten Unternehmen von Konkursen betroffen, gefolgt von nicht im Handelsregister eingetragenen Unternehmen (78), Einzelfirmen (47) und den als OHG bzw. KG geführten Firmen (31). Auf das verarbeitende Gewerbe entfielen 55 Konkurse, auf den Bausektor 52, auf den Großhandel 45 und auf den Einzelhandel 39.

Im Rahmen der 279 Unternehmenskonkurse wurden 108 Mill. DM an Forderungen geltend gemacht. Darunter waren 23 Insolvenzen mit voraussichtlichen Forderungen zwischen 1 und 10 Mill. DM und zwei Konkurse mit einer Forderungshöhe von mehr als 10 Mill. DM. he

Kräftige Produktionssteigerung in Industrie und Handwerk 1979

Industrie und verarbeitendes Handwerk von Rheinland-Pfalz können auf ein erfolgreiches Jahr 1979 zurückblicken. Nach zwei Jahren stagnierender Produktionstätigkeit wurde 1979 ein Zuwachs von 7,1% erzielt und das Ergebnis im Bundesgebiet (+ 5%) deutlich übertroffen. Das Produktionsvolumen des vergangenen Jahres lag damit in Rheinland-Pfalz um gut ein Drittel (34,5%), im Bundesgebiet um knapp ein Viertel über dem von 1970.

Den höchsten Zuwachs gegenüber 1978 verzeichnete in Rheinland-Pfalz das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit + 9,2%. Durchschnittliche Steigerungsraten erzielten das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und der Investitionsgüterbereich (+ 7,5% bzw. + 6,6%), darunter blieb der Verbrauchsgütersektor mit + 5,2%.

Von den wichtigsten Wirtschaftszweigen des Landes steigerte der Straßenfahrzeugbau seine Produktion um 13,8%. Aber auch Elektrotechnik (+ 12,2%), Steine und Erden (+ 9,6%), Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie (+ 8,9%) sowie Kunststoffwarenherstellung (+ 7,8%) erreichten überdurchschnittliche Steigerungsraten. Das Produktionsvolumen der chemischen Industrie lag um 5,1% höher als 1978. Sogar die Schuhindustrie, die seit zehn Jahren eine rückläufi-

ge Entwicklung aufwies, konnte 1979 eine leichte Zunahme erzielen. Diese günstige Produktionsentwicklung hat auch den Arbeitsmarkt positiv beeinflusst. So wurden zum Jahresende in Rheinland-Pfalz 13,2% weniger Arbeitslose als im Vorjahr registriert. fn

Produktivität der rheinland-pfälzischen Wirtschaft stieg um 4%

Die Produktivität der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hat im Jahre 1979 - gemessen am Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen - um 4% zugenommen. Diese Zuwachsrate liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+ 3,1%). Bei leicht angestiegener Beschäftigtenzahl (+ 1,4%) ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr nominal um 9,3%, real, das heißt in Preisen von 1970, um 5,5% gestiegen.

Je Einwohner wurde ein Sozialprodukt von 20 280 DM (in jeweiligen Preisen) erwirtschaftet. Das sind 9,4% mehr als im Jahr zuvor. Auch mit dieser Zuwachsrate nimmt Rheinland-Pfalz 1979 einen Spitzenplatz unter den Bundesländern ein. ge

Rheinland-Pfälzer wohnen zumeist in Einfamilienhäusern

In Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 783 100 Wohngebäude mit 1 325 200 Wohnungen. Jedes dritte Haus (35%) stammt aus der Zeit vor 1918, 17% wurden zwischen 1919 und 1948 gebaut. Jedes zweite Wohngebäude (48%) wurde nach der Währungsreform erstellt.

Die Rheinland-Pfälzer bevorzugen Einfamilienhäuser, denn zwei von drei Wohngebäuden fallen in diese Kategorie. In jedem vierten Gebäude befinden sich zwei Wohnungen, etwa in jedem zehnten drei und mehr Wohnungen. hw

Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz 1980

Das Statistische Landesamt hat ein Verzeichnis aller Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister herausgegeben. Das Heftchen enthält in übersichtlicher Gliederung Namen, Dienstanschrift und Telefon-Nr. aller rheinland-pfälzischen Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister (Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden) nach dem Stand vom November 1979.

Das Verzeichnis kann gegen eine Schutzgebühr von einer Mark (in Briefmarken) vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, bezogen werden. (Der Stückpreis ermäßigt sich bei Sammelbestellungen ab zehn Stück auf 70 Pfennig, ab 50 Stück auf 50 Pfennig). ge

Über die Hälfte aller Wohnungen hat Ölheizung

Jede zweite (47%) der 1,3 Millionen Wohnungen in Rheinland-Pfalz hat eine Zentralheizung. Ofenheizungen gibt es in 44% der Wohnungen; auf Etagen- und Fernheizung entfallen Anteile von 8 bzw. 2%.

Sieben von zehn Wohnungen mit Zentral- oder Etagenheizung verwenden Öl, bei den Wohnungen mit Ofenheizung sind es 51%. Insgesamt sind damit fast 750 000 Wohnungen oder 58% vom Heizöl abhängig, dessen Preis sich innerhalb eines Jahres (Dezember 1978 bis Dezember 1979) um 77% erhöht hat.

Seit 1972 ist diese Abhängigkeit größer geworden, denn damals benötigten 51% der Wohnungen Öl für die Wärmegewinnung. Interessant ist, daß die Anteile

In der Versorgung der Wohnungen mit Gas hat sich in den letzten Jahren eine beachtliche Veränderung ergeben. Wurden 1972 erst 48 000 oder 12% der mit einer Zentral- oder Etagenheizung ausgestatteten Wohnungen durch Gas beheizt, so waren es 1978 schon 151 000 oder 21%. Bei den ofenbeheizten Wohnungen stieg der Anteil von 6 auf 12%.

Jeweils knapp 6% der Wohnungen nutzten sowohl 1972 als auch 1978 elektrischen Strom als Energieträger, hw

Jede zweite Wohnung in Mehrfamilienhäusern hat Meßeinrichtungen für den Energieverbrauch

Meßeinrichtungen zur Ermittlung des Energieverbrauchs, mit deren Hilfe die Heizkosten nach dem jeweiligen Verbrauch und nicht pauschal nach der Wohnfläche abgerechnet werden können, sind bereits stark verbreitet. Von den mehr als 152 000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit Zentralheizung in Rheinland-Pfalz besitzt jede zweite solche Einrichtungen. Bei den Gebäuden mit zwei Wohnungen war es im April 1978 dagegen nur jede zwölfte Wohneinheit.

Namentlich in zentral beheizten Mietwohnungen sind solche Verbrauchsmeßgeräte häufig eingebaut (36% von 243 000 Wohnungen). Bei den öffentlich geförderten Mietwohnungen mit Zentralheizung sind es bereits 46%.

Die Entwicklung der Heizölpreise, die von April 1978 bis Januar 1980 von rund 30 auf 63 Pfennig je Liter gestiegen sind, dürfte dazu beitragen, daß künftig Verbrauchsmeßgeräte - neben Heizkörper-Thermostaten - verstärkt auch in zentral beheizten Zweifamilienhäusern und in Eigentümerwohnungen Verwendung finden. hw

26 000 neue Wohnungen genehmigt

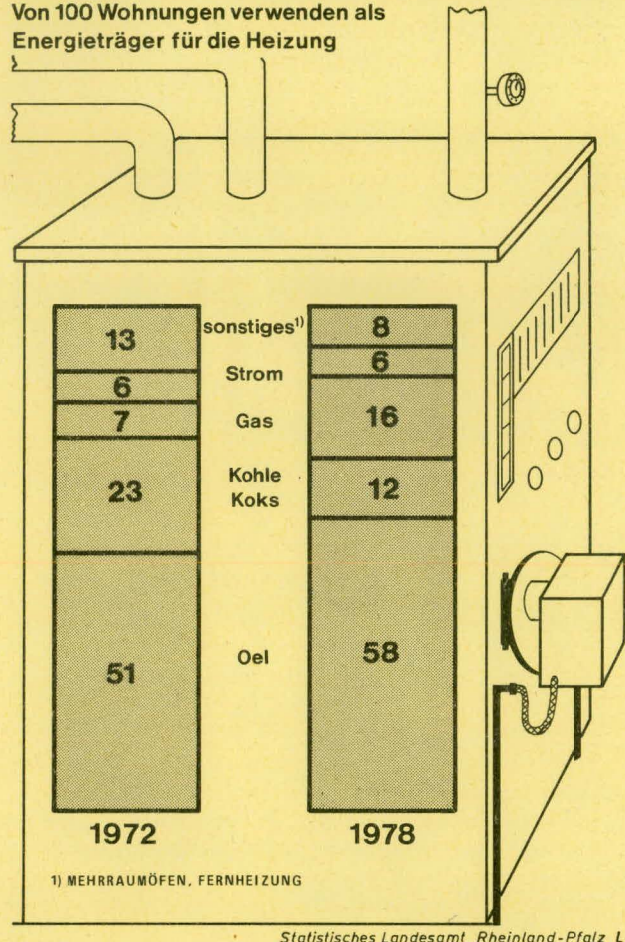
In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1979 für insgesamt 26 000 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau Baugenehmigungen erteilt. Das sind 8,2% weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Genehmigungen verringerte sich für Wohngebäude um 8,3% auf 16 035. Die veranschlagten Kosten stiegen um 2,2% auf 4,1 Mrd. DM.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung dürften in erster Linie die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen, der Anstieg der Bau- und Grundstückspreise sowie der Mangel an geeigneten Baugrundstücken, vor allem in Ballungsgebieten, sein.

Die sehr hohen Auftragsbestände mit einer Reichweite von mehr als 9 Monaten sichern die Vollbeschäftigung im Hochbau bis weit in das Jahr 1980. Die Anstrengungen zur Wohnungsmodernisierung und Energieeinsparung wirken sich weiterhin expansiv aus. ne

So heizen die Rheinland-Pfälzer

Von 100 Wohnungen verwenden als Energieträger für die Heizung



der mit Öl beheizten Wohnungen bei den Zentral- oder Etagenheizungen im Sechsjahresvergleich rückläufig sind (von 77 auf 70%), während die Wohnungen mit Ofenheizung gegenüber 1972 (47%) verstärkt Öl verwendeten (51%).

Ausländer 1979

Von den 3,63 Millionen Personen, die im September 1979 in Rheinland-Pfalz lebten, war jeder 25. ein Ausländer. Die besondere Bedeutung dieses Personenkreises für die Bevölkerungsentwicklung und den Arbeitsmarkt zeigen die folgenden Fakten:

Ausländer ist
bei jeder 13. Eheschließung mindestens ein Partner,
bei jeder 9. Geburt mindestens ein Elternteil,
jeder 130. Gestorbene,
jeder 4. Zu- oder Fortgezogene,
jeder 20. Erwerbstätige,
jeder 13. Arbeitslose.

Diese Globalzahlen dürfen nicht dazu führen, die Ausländer als einen homogenen Bevölkerungsteil zu sehen. Vielmehr bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Ausländergruppen. Für das generative Verhalten ist der Kulturkreis, aus dem die Ausländer kommen, entscheidend. Darüber hinaus ist für den Arbeitsmarkt von Bedeutung, ob das Heimatland zu den Europäischen Gemeinschaften gehört oder nicht.

Um den ausländischen Bevölkerungsteil und seine Bedeutung richtig einschätzen zu können, müssen die Ausländerzahlen nach Nationalitäten, nach Alter und Aufenthaltsdauer aufgeschlüsselt werden. Dazu eignen sich die Ergebnisse der jährlich zum 30. September stattfindenden Auszahlungen des Ausländerzentralregisters, das beim Bundesverwaltungsamt geführt wird. Dabei werden den Ausländern auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit zugerechnet.

Ausländerzahl deutlich gestiegen

Ende September 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 148 313 Ausländer gezählt, 86 866 Männer und 61 449 Frauen (41,4%). Damit hat sich die Zahl der Ausländer im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um 6 363 oder 4,5% erhöht. Zwischen 1977 und 1978 fiel die Zunahme mit 0,6% weit geringer aus. Die Zahl des Jahres 1979 liegt aber immer noch um 6 809 Personen (4,4%) unter dem bisherigen Höchststand von 1974. Damals hatten 155 124 ausländische Mitbürger in unserem Lande gelebt, das waren 4,2% der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1979 betrug der Ausländeranteil 4,1% gegenüber 3,9% im Jahre 1978. Seit einigen Jahren ist der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Ausländer ständig gestiegen. Diese Entwicklung setzte sich im Berichtszeitraum nicht fort. Obwohl die Zahl der Ausländerinnen zwischen 1978 und 1979 um 4,7%, die der ausländischen Männer nur

um 4,4% zunahm, blieb die Geschlechterrelation unverändert. Dem mit 58,6% Männern und 41,4% Frauen starken Männerüberschuß der Ausländer steht gegenwärtig bei den Deutschen mit 47,4% zu 52,6% noch ein Frauenüberschuß gegenüber. Damit ergab sich in der Gesamtbevölkerung bei männlichen Personen ein Ausländeranteil von 5%, bei weiblichen von nur 3,2%. Die Vergleichszahlen lagen im Jahre 1978 mit 4,8% bzw. 3,1% niedriger.

Die aufgezeigten Unterschiede in der Zusammensetzung des ausländischen Bevölkerungsteils werden auch bei einer Aufgliederung nach dem Familienstand sichtbar. Während in der Gesamtbevölkerung etwa 53% der Männer und 49% der Frauen verheiratet sind, betrug 1979 der Anteil bei den Ausländern 44% und bei den Ausländerinnen knapp 53%. Hieraus können allerdings nur in sehr eingeschränktem Umfang Rückschlüsse auf Familienzusammenhänge der ausländischen Bevölkerung gewonnen werden, da anhand der Registerauszahlungen nicht feststellbar ist, in wieviel Fällen der Ehepartner verheirateter Personen noch im Heimatland lebt.

Jeder vierte Ausländer unter 15 Jahre alt

Die Altersgliederung der Ausländer unterscheidet sich sehr stark von derjenigen der Deutschen, da die meisten Ausländer wegen der besseren Arbeitsmöglichkeiten in unserem Lande sind. Das zeigt sich ganz besonders daran, daß der ausländische Bevölkerungsteil im Durchschnitt weitaus jünger ist als der deutsche. So standen 1979 rund drei Viertel (74%) der Ausländer im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren, bei den Deutschen waren es nur knapp zwei Drittel (65%). Ein Vergleich der letzten vier Jahre zeigt allerdings bei der ausländischen Bevölkerung einen Rückgang des Anteils dieses Personenkreises an der Gesamtzahl, da die steigende Zahl der Kinder unter 15 Jahren immer stärker ins Gewicht fällt. Demgegenüber konnte bei den Deutschen ein steigender Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung beobachtet werden, da das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre in diese Altersgruppe und die geringe Zahl der Neugeborenen den Anteil der 15- bis 65jährigen an der Gesamtzahl steigen ließen. Ein weiterer auffallender Unterschied war die günstigere altersmäßige Zusammensetzung der erwerbsfähigen Bevölkerung. Während bei den Ausländern 82% der 15 bis 65 Jahre alten Personen jünger als 45 waren, lag dieser Anteil bei den Deutschen mit 65% deutlich niedriger.

Staatsangehörigkeit	Insgesamt									1965 = 100		
	1960	1965	1970	1972	1974	1976	1977	1978	1979	1970	1974	1979
Europa	26 749	59 143	90 019	117 691	139 029	126 870	124 850	125 527	130 648	152	235	221
Belgien	360	505	634	753	827	856	851	822	881	126	164	174
Dänemark	152	163	151	168	194	220	223	228	231	93	119	142
Frankreich	3 101	4 142	5 652	6 485	7 149	6 917	6 780	6 702	6 881	136	173	166
Großbritannien und Nordirland	363	606	1 021	1 402	1 792	1 885	2 023	2 111	2 215	168	296	366
Italien	5 419	18 119	21 600	25 386	28 223	25 051	24 960	25 288	26 277	119	156	145
Luxemburg	761	707	842	854	981	996	974	946	960	119	139	136
Niederlande	1 520	2 035	2 355	2 519	2 962	2 972	2 996	2 972	3 025	116	146	149
Griechenland	446	4 993	7 382	8 822	8 823	7 626	7 068	6 781	6 537	148	177	131
Jugoslawien	1 150	3 219	13 805	18 976	21 317	18 309	17 807	17 513	17 123	429	662	532
Österreich	2 502	3 361	4 026	4 532	5 064	4 822	4 751	4 676	4 721	120	151	140
Portugal	39	456	1 969	3 571	5 461	4 826	4 673	4 647	4 664	432	1 198	1 023
Schweiz	990	1 115	1 217	1 154	1 314	1 328	1 339	1 319	1 355	109	118	122
Spanien	497	6 729	7 694	9 058	9 300	6 952	6 155	5 755	5 478	114	138	81
Türkei	150	4 704	14 163	26 145	37 026	36 193	36 774	38 695	43 059	301	787	915
Übriges Europa	9 299	8 289	7 508	7 866	8 596	7 917	7 476	7 072	7 241	91	104	87
Afrika	266	818	1 473	2 251	2 651	2 655	2 726	2 827	3 103	180	324	379
Marokko	13	170	243	548	743	733	740	754	821	143	437	483
Tunesien	9	28	467	805	956	974	1 003	1 076	1 138	1 668	3 414	4 064
Übriges Afrika	244	620	763	898	952	948	983	997	1 144	123	154	185
Amerika	1 539	3 187	4 703	6 588	6 929	7 035	6 960	6 683	6 849	148	217	215
Brasilien	25	171	415	633	482	446	402	406	421	243	282	246
Kanada	76	164	249	379	361	342	366	351	345	152	220	210
Vereinigte Staaten	1 325	2 605	3 697	5 100	5 546	5 669	5 582	5 284	5 365	142	213	206
Übriges Amerika	113	247	342	476	540	578	610	642	718	138	219	291
Asien	742	1 732	2 643	3 507	4 423	4 884	4 857	5 285	6 046	153	255	349
Indien	61	253	392	448	559	602	572	617	718	155	221	284
Iran	247	413	633	774	1 040	1 040	1 037	1 032	1 110	153	252	269
Übriges Asien	434	1 066	1 618	2 285	2 824	3 242	3 248	3 636	4 218	152	265	396
Australien und Neuseeland	19	103	178	264	282	261	265	239	243	173	274	236
Staatenlose, ungeklärt und ohne Angabe	1 918	1 759	2 084	1 685	1 810	1 537	1 432	1 391	1 426	118	103	81
Insgesamt	31 233	66 742	101 100	131 986	155 124	143 242	141 090	141 952	148 315	151	232	222

1) Zahlen ab 1972 vom Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes.

Ende September 1979 lebten 34 892 unter 15 Jahre alte Ausländer in Rheinland-Pfalz, das sind 7% mehr als im Vorjahr. Die Anteil der Kinder und Jugendlichen an der ausländischen Bevölkerung stieg im Berichtszeitraum von 23 auf 23,5%. Damit setzte sich die seit Jahren zu beobachtende Entwicklung weiter fort. Während 1976 erst 3,9% aller unter 15jährigen Ausländer gewesen waren, betrug deren Anteil 1979 bereits 5%. Am besten wird die wachsende Bedeutung dieser Ausländergruppe für Kindergarten, Schule und spätere Berufsausbildung durch folgendes Zahlenverhältnis wiedergegeben: Im Jahre 1976 kam auf 24 deutsche Kinder und Jugendliche ein ausländisches Kind dieser Altersgruppe, 1979 hatte sich dieses Verhältnis schon auf 19 zu 1 reduziert.

Die gegenwärtig noch unbedeutendste Altersgruppe des ausländischen Bevölkerungsteils sind die über 65 Jahre alten Menschen. Nur 2,8% aller Ausländer standen 1979 im Rentenalter, von den Deutschen dagegen waren 16% älter als 65 Jahre. Allerdings zeigte dieser Personenkreis seit längerem in beiden Bevölkerungsgruppen sowohl zahlenmäßig als auch prozentual einen Anstieg, der bei den Ausländern weit stärker ausfiel als bei den Deutschen. In den zurückliegenden drei Jahren nahm die Zahl der älteren Deutschen um 4,8% zu, die der Ausländer um 16,8%. 1979

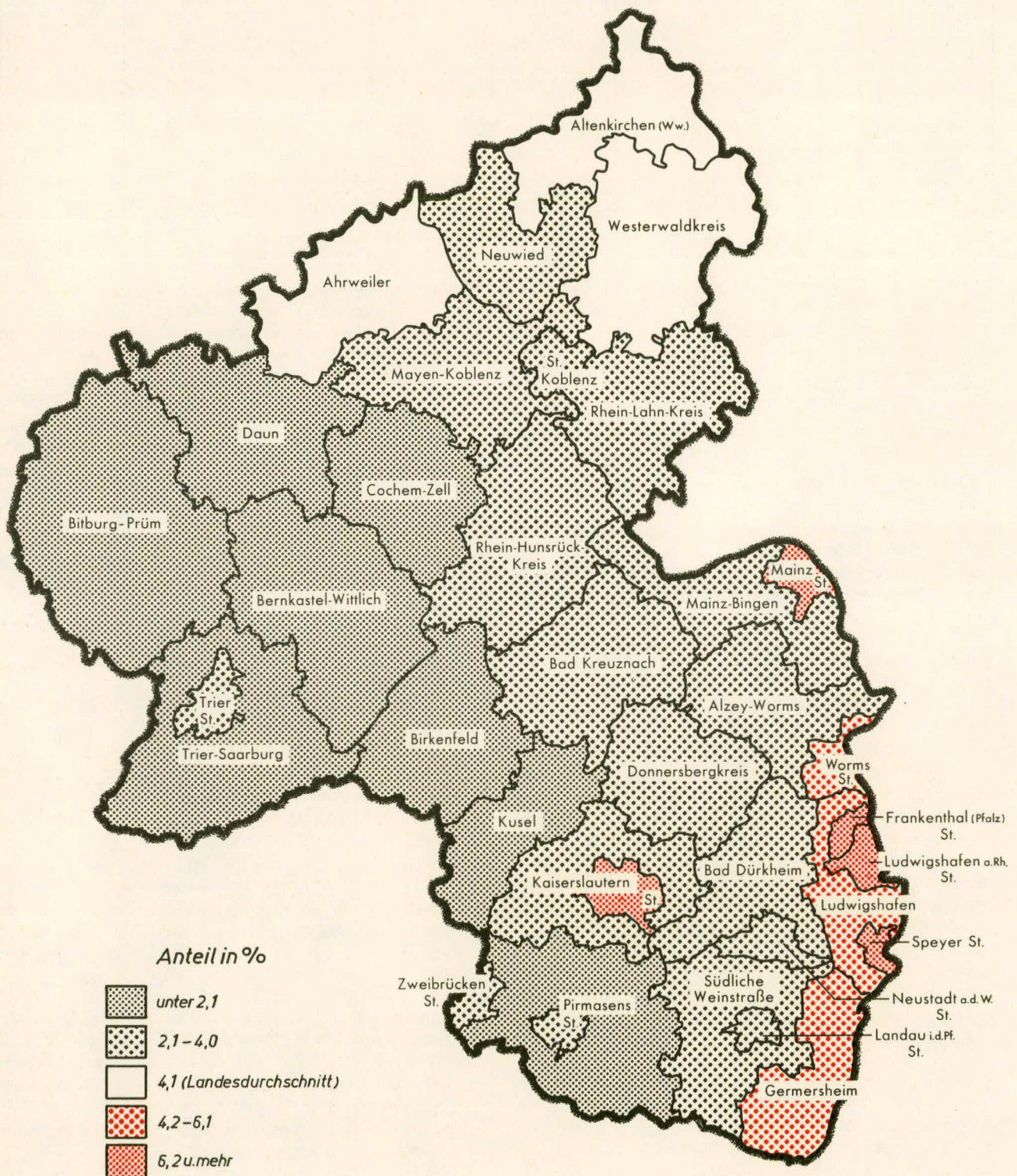
kam auf 137 Deutsche im Rentenalter ein Ausländer dieses Alters.

Anzahl der Türken um 11,3% gestiegen

Unter den 148 315 Ausländern, die Ende September 1979 in Rheinland-Pfalz wohnten, waren die Türken mit 43 059 Personen (29%) die größte Einzelgruppe. Es folgen Italiener mit 26 277 (17,7%) und Jugoslawen mit 17 123 (11,5%). Auf diese drei Staatsangehörigkeiten entfielen 58% aller Ausländer. Von den übrigen Nationalitäten erreichte keine die Grenze von 7 000 Personen. Die zahlenmäßig bedeutendsten waren Franzosen (6 881), Griechen (6 537) und Spanier (5 478).

Im Vergleich mit dem Vorjahr ergeben sich sehr unterschiedliche Veränderungsraten. Während die Zahl der Türken und Italiener mit 11,3% bzw. 3,9% weiterhin zunahm, hatten jugoslawische Staatsangehörige erneut einen zahlenmäßigen Rückgang (— 2,2%) zu verzeichnen. Auch lebten am 30. September 1979 3,6% weniger Griechen und 4,8% weniger Spanier als 1978 in unserem Lande. Nennenswerte Zunahmen bei den übrigen Nationalitäten hatten Asiaten und Afrikaner. Von 1978 auf 1979 nahm die Zahl der Menschen aus asiatischen Ländern um 14,4% zu,

Anteil der Ausländer in den Verwaltungsbezirken am 30. September 1979



Ausländer nach Altersgruppen und Geschlecht Ende September 1978 und 1979

Altersgruppe	Insgesamt		Männlich	Weiblich	Anteil der Altersgruppe an der Gesamtzahl bei ...		
					Ausländern		Deutschen 1)
	1978	1979			1978	1979	
	Anzahl				%		
unter 5 Jahre	11 589	11 744	6 402	5 342	8,2	7,9	4,5
5 – 10 "	11 550	12 572	6 754	5 818	8,1	8,5	6,0
10 – 15 "	9 481	10 576	5 521	5 055	6,7	7,1	8,6
15 – 20 "	8 432	9 743	5 196	4 547	5,9	6,6	8,8
20 – 25 "	12 771	13 345	7 083	6 262	9,0	9,0	7,3
25 – 45 "	65 208	66 077	40 164	25 913	45,9	44,6	26,0
45 – 60 "	17 194	18 298	12 475	5 823	12,1	12,3	18,7
60 – 65 "	1 850	1 865	1 240	625	1,3	1,3	4,1
65 und älter	3 877	4 095	2 031	2 064	2,7	2,8	16,0
Insgesamt	141 952	148 315	86 866	61 449	100,0	100,0	100,0

1) Da Vergleichszahlen zum 30.9. für die deutsche Bevölkerung nicht vorliegen, mußte die Altersgliederung vom 31.12.1978 verwendet werden.

ihr Anteil an der Gesamtzahl der Ausländer stieg auf 4,1%. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Anzahl der hier lebenden Afrikaner um 9,8% auf einen Anteil von 2,1%.

Ein längerfristiger Vergleich der Ausländerzahlen verdeutlicht die zahlenmäßigen Veränderungen und die Verschiebungen in der Zusammensetzung dieses Personenkreises nach Nationalitäten.

Die Gesamtzahl der Ausländer stieg von 31 000 im Jahre 1960 über 67 000 (1965) und 101 000 (1970) auf den Höchstwert von gut 155 000 Personen im Jahre 1974. Unterschiedlich entwickelten sich dabei die Anteile einzelner Nationalitäten. Bis zum Jahre 1971 waren die Italiener mit Anteilen von 17,4% (1960), 27,1% (1965) und 19,3% im Jahre 1971 die zahlenmäßig stärkste Ausländergruppe. Seit diesem Zeitpunkt sind die türkischen Staatsangehörigen mit ständig steigenden Anteilswerten zur größten Einzelgruppe geworden. Waren 1960 erst 0,5% und 1965 noch 7% aller Ausländer türkische Staatsbürger, so belief sich dieser Prozentsatz 1970 bereits auf 14% und 1974 gar auf 23,9%. Er erreichte mit 29% im Jahre 1979 seinen vorläufigen Höchstwert. In absoluten Zahlen ausgedrückt, stieg die Zahl der Türken von 150 Personen 1960 über 14 163 (1970) auf gegenwärtig 43 059. Die heute mit einem Anteil von 58% wichtigsten drei Nationalitäten (Italien, Jugoslawien und Türkei) hatten in früheren Jahren eine deutlich geringere Bedeutung. So war 1970 erst jeder zweite und 1960 etwa jeder fünfte Ausländer in Rheinland-Pfalz Staatsbürger eines dieser drei Länder.

Fast jeder dritte Ausländer seit mehr als zehn Jahren in Deutschland

Der seit einigen Jahren bestehende Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Ländern führte zu einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet bei den Staatsangehörigen der von dieser Regelung betroffenen Länder, da für sie bei einer Rückkehr ins Heimatland kaum Aussicht bestanden hätte, zu einem späteren Zeitpunkt erneut eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Darüber hinaus bewog

die weltweite Konjunkturabschwächung viele Ausländer, die nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland gekommen waren, ihren Arbeitsplatz in unserem Lande zu halten, zumal die Arbeitslosenquoten der Herkunftsländer oft um ein Vielfaches höher lagen. Als Folge der verlängerten Aufenthaltsdauer kam es vermehrt dazu, daß Familienangehörige aus dem Heimatland nachgeholt wurden. Die dadurch verbesserte Familiensituation führte in Verbindung mit der Geburt und Einschulung der Kinder in der Bundesrepublik zu einer gewissen Integration und damit wiederum zu einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer. Diese ist allerdings stark von Nationalität und Alter abhängig.

Von den Ende September 1979 in Rheinland-Pfalz wohnenden 148 315 Ausländern lebten 7,4% seit weniger als einem Jahr im Bundesgebiet, ein Jahr davor hatte der Anteil 6% betragen. Den höchsten Prozentsatz wiesen unter den europäischen Nationen die Staatsbürger aus Großbritannien und Nordirland auf, von denen 15% innerhalb des letzten Jahres ins Land gekommen sind. Es folgten Türken mit 9,2% und Dänen mit 8,7%. Die geringsten Anteile neu hinzugekommener Landsleute hatten Spanier (1,6%) und Griechen (2,1%) zu verzeichnen. Überdurchschnittlich hoch (13,6%) war die Zahl der zwischen 1978 und 1979 ins Bundesgebiet eingereisten Personen aus außereuropäischen Ländern, gemessen an der Gesamtheit der hier lebenden Ausländer aus diesen Gebieten. Dabei ist besonders der asiatische Raum hervorzuheben (17,6%).

Länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik Deutschland wohnten 1979 insgesamt 32,2% der Ausländer des Landes. Hier traten die Unterschiede zwischen den einzelnen Nationalitäten besonders hervor. Während bei den Europäern Luxemburger, Niederländer, Österreicher und Schweizer zu über 50% länger als zehn Jahre im Bundesgebiet lebten, hatten nur 15,2% der Türken, 15,7% der Portugiesen und 21,2% der Briten und Nordiren eine so lange Aufenthaltsdauer zu verzeichnen. Bei den Staatsangehörigen aus nichteuropäischen Ländern war der Anteil der Personen, die länger als

Ausländer nach Staatsangehörigkeit in den Verwaltungsbezirken Ende September 1978 und 1979

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Italiener	Jugo- slawen	Griechen	Spanier	Türken	Anteil an der Wohnbevölkerung	
	1978	1979						1978	1979
	Anzahl						%		
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 312	4 601	556	784	45	147	1 479	3,8	4,0
Landkreise									
Ahrweiler	4 356	4 515	519	483	154	280	1 279	4,0	4,1
Altenkirchen (Ww.)	4 793	5 019	549	538	409	301	2 421	3,9	4,1
Bad Kreuznach	5 348	5 593	594	241	72	134	2 669	3,7	3,8
Birkenfeld	1 312	1 388	175	144	14	33	63	1,5	1,6
Cochem-Zell	610	600	105	30	4	4	86	1,0	1,0
Mayen-Koblenz	5 528	5 778	931	592	63	263	2 115	2,9	3,0
Neuwied	5 657	5 815	1 002	802	101	480	1 857	3,7	3,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 678	2 760	219	273	27	193	623	3,0	3,1
Rhein-Lahn-Kreis	3 198	3 220	588	467	46	65	1 048	2,7	2,7
Westerwaldkreis	6 152	6 760	1 198	786	130	379	2 975	3,7	4,1
RB Koblenz	43 944	46 049	6 436	5 140	1 065	2 279	16 615	3,2	3,4
Kreisfreie Stadt Trier	2 196	2 236	245	188	25	47	56	2,3	2,3
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	1 286	1 411	112	175	5	32	299	1,2	1,3
Bitburg-Prüm	1 304	1 253	107	72	1	46	97	1,5	1,4
Daun	560	620	63	96	8	4	104	1,0	1,1
Trier-Saarburg	1 443	1 500	140	175	3	39	253	1,2	1,2
RB Trier	6 789	7 020	667	706	42	168	809	1,4	1,5
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	3 690	3 929	1 406	354	250	115	996	8,4	9,0
Kaiserslautern	6 849	6 817	566	584	82	63	696	6,9	6,9
Landau i.d. Pfalz	1 131	1 204	187	127	3	34	178	3,1	3,3
Ludwigshafen a. Rhein	18 415	19 072	5 618	2 610	3 066	479	4 390	11,3	11,9
Mainz	16 887	18 281	5 015	2 552	411	719	3 485	9,2	9,9
Neustadt a.d. Weinstr.	1 674	1 748	221	153	38	45	609	3,3	3,5
Pirmasens	1 761	1 810	242	109	67	30	272	3,4	3,6
Speyer	3 127	3 227	707	951	64	40	538	7,1	7,4
Worms	4 258	4 449	502	398	339	67	2 151	5,8	6,0
Zweibrücken	1 085	1 130	186	133	35	94	126	3,1	3,2
Landkreise									
Alzey-Worms	1 972	2 249	245	112	36	42	1 057	2,1	2,3
Bad Dürkheim	3 721	3 727	577	442	150	123	1 247	3,2	3,2
Donnersbergkreis	1 937	2 055	212	180	24	81	914	2,9	3,1
Germersheim	5 573	5 839	541	565	110	185	2 936	5,6	5,8
Kaiserslautern	3 343	3 330	376	294	54	203	604	3,5	3,5
Kusel	950	1 093	105	79	11	5	329	1,3	1,4
Südliche Weinstraße	2 336	2 378	220	205	210	117	756	2,4	2,5
Ludwigshafen	5 128	5 181	990	540	100	304	2 182	4,2	4,2
Mainz-Bingen	5 799	6 065	1 087	704	156	243	2 004	3,7	3,9
Pirmasens	1 583	1 662	171	185	224	42	165	1,6	1,7
RB Rheinhessen-Pfalz	91 219	95 246	19 174	11 277	5 430	3 031	25 635	5,1	5,3
Rheinland-Pfalz	141 952	148 315	26 277	17 123	6 537	5 478	43 059	3,9	4,1
Kreisfreie Städte	65 385	68 504	15 451	8 943	4 425	1 880	14 976	6,6	6,9
Landkreise	76 567	79 811	10 826	8 180	2 112	3 598	28 083	2,9	3,0

ein Jahrzehnt im Bundesgebiet sind, erwartungsgemäß deutlich unterdurchschnittlich. Das traf besonders für Ausländer aus dem afrikanischen und asiatischen Raum zu. Der Vergleich zwischen 1979 und 1978 zeigte bei fast jeder Nationalität einen Anstieg des Anteils der Personen mit einer mehr als zehnjährigen Aufenthaltsdauer.

Von den 34 892 unter 15jährigen Ausländern lebten 11,4% weniger als ein Jahr im Bundesgebiet. Hier handelt es sich zumeist um Kinder, die in Deutschland geboren wurden. Eine Aufenthaltsdauer zwischen einem Jahr und vier Jahren hatten 31,9% der Ausländerkinder. Fast 57% von ihnen leben bereits länger als vier Jahre in Deutschland, 10,1% sogar länger als zehn Jahre. Bei den 15 bis 20 und 20 bis 25 Jahre alten Ausländern lag der Anteil der Personen mit einer Aufenthaltsdauer von unter einem Jahr mit 15,6% bzw. 14,9% verhältnismäßig hoch. Bei den noch älteren ausländischen Staatsangehörigen war der Prozentsatz der neu ins Bundesgebiet gekommenen sehr gering (unter 5%). Dafür stieg in diesen Altersjahren der Anteil der Menschen mit mehr als zehnjähriger Aufenthaltsdauer stark an und erreichte bei den 60- bis 65jährigen mit 79% den gegenwärtig höchsten Wert.

Höchster Ausländeranteil in der Stadt Ludwigshafen

Die regionale Verteilung der Ausländer ist sowohl innerhalb des Landes als auch nach Nationalitäten recht unterschiedlich, da die Beschäftigung von Ausländern stark von den wirtschaftlichen Gegebenheiten bestimmt wird. Außerdem neigen größere Unternehmen dazu, Ausländer derselben Nationalität zu beschäftigen.

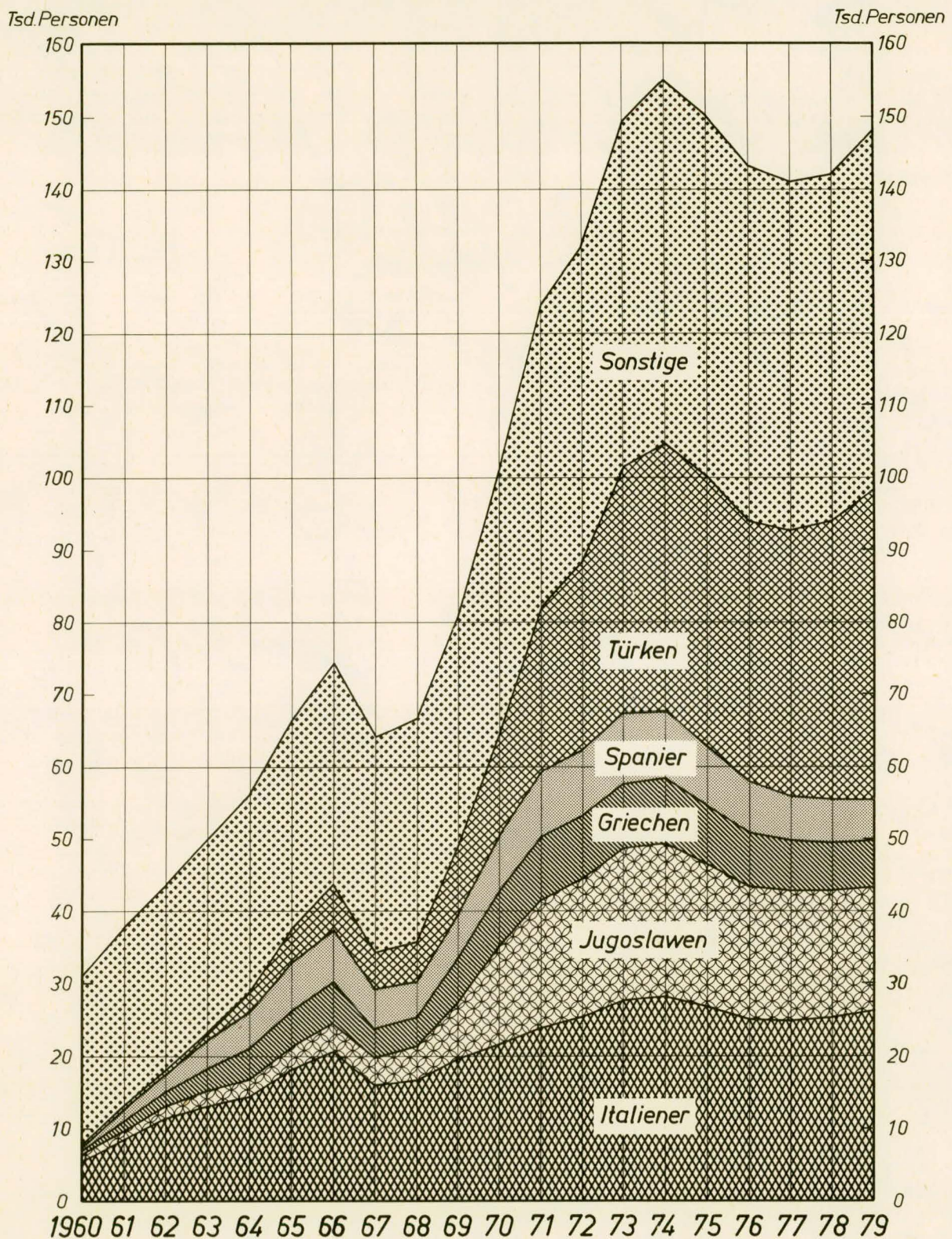
Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, wo fast 50% der Gesamtbevölkerung unseres Landes leben, wohnten 1979 über 64% der Ausländer. Das entspricht einem Ausländeranteil an der Bevölkerung von 5,3% gegenüber 4,1% im Landesdurchschnitt. Dagegen waren die Prozentsätze in den Regierungsbezirken Koblenz (3,4%) und Trier (1,5%) unterdurchschnittlich. Besonders im Regierungsbezirk Trier, wo zwar 13% der Bevölkerung, aber nicht einmal 5% der Ausländer des Landes lebten, waren die wirtschaftlichen Möglichkeiten für eine Ausländerbeschäftigung ungünstiger.

Deutlich zeigte sich auch die großteils ökonomisch bedingte Konzentration der Ausländer auf städtische Gebiete, wenn man die kreisfreien Städte und die Landkreise jeweils in einer Summe zusammenfaßt.

Ausländer nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet Ende September 1978 und 1979

Staatsangehörigkeit	Ins- gesamt	Aufenthaltsdauer von ... Jahren									
		unter 1	1 - 4	4 - 6	6 - 8	8 - 10	10 - 15	15 - 20	20 und mehr	unter 1	10 und mehr
		1979								1978	
	Anzahl	%									
Europa	130 648	6,6	15,0	10,6	16,9	17,9	18,5	6,6	7,8	5,3	27,5
Belgien	881	6,2	14,5	11,7	9,4	9,9	21,7	10,3	16,2	4,4	43,2
Dänemark	231	8,7	16,0	10,8	11,7	11,3	17,7	6,5	17,3	8,3	36,8
Frankreich	6 881	7,5	15,6	10,1	10,9	12,1	17,1	7,3	19,5	5,9	41,0
Großbritannien und Nordirland	2 215	15,0	28,1	14,2	11,5	10,0	12,8	4,0	4,4	13,2	19,2
Italien	26 277	6,9	15,0	8,3	12,8	14,6	25,5	12,1	4,6	6,2	37,1
Luxemburg	960	5,7	13,4	8,3	10,0	9,7	12,5	7,8	32,5	5,4	52,2
Niederlande	3 025	4,4	12,6	8,3	10,1	10,3	16,6	8,6	29,1	4,8	50,8
Griechenland	6 537	2,1	9,3	8,5	12,7	21,0	28,4	15,6	2,4	2,2	35,9
Jugoslawien	17 123	3,2	10,5	9,7	18,4	29,2	23,1	3,4	2,5	3,3	16,6
Österreich	4 721	3,6	8,3	7,2	10,7	15,0	20,6	12,3	22,2	3,4	50,7
Portugal	4 664	2,8	12,3	17,4	30,9	21,0	14,3	0,9	0,5	2,8	10,7
Schweiz	1 355	6,1	9,1	6,8	5,7	7,4	13,1	9,4	42,5	3,9	63,1
Spanien	5 478	1,6	6,3	7,8	17,2	20,5	25,6	17,7	3,2	2,0	37,9
Türkei	43 059	9,2	20,4	13,6	22,6	19,0	12,7	1,9	0,7	6,9	10,3
Übriges Europa	7 241	8,1	9,9	6,1	6,3	7,6	10,0	3,8	48,1	4,1	61,3
Afrika	3 103	12,6	24,0	10,9	15,8	19,5	8,6	5,4	3,3	10,6	15,3
Marokko	821	13,2	18,4	10,0	25,0	18,9	6,3	6,7	1,6	8,1	14,2
Tunesien	1 138	7,8	22,4	12,8	16,3	31,0	8,3	0,5	0,8	8,8	4,4
Übriges Afrika	1 144	17,0	29,5	9,6	8,7	8,4	10,4	9,3	7,1	14,4	28,0
Amerika	6 849	10,6	21,1	11,9	12,4	15,8	18,0	6,5	3,8	9,9	25,5
Brasilien	421	7,1	12,8	10,2	8,1	46,1	9,0	4,5	2,1	6,4	15,8
Kanada	345	12,5	13,9	6,4	9,3	24,1	21,4	9,3	3,2	8,8	25,4
Vereinigte Staaten	5 365	10,0	21,3	11,6	13,5	13,6	19,0	7,0	4,1	9,8	27,2
Übriges Amerika	718	15,9	27,7	17,7	8,8	10,4	14,1	3,2	2,2	13,2	18,4
Asien	6 046	17,6	34,1	11,9	10,9	9,0	8,8	4,6	3,2	16,6	18,0
Indien	718	16,0	40,4	11,4	8,1	6,7	10,0	4,5	2,9	20,7	19,9
Iran	1 110	12,7	25,9	12,3	12,2	8,6	12,0	8,4	8,0	9,5	28,5
Übriges Asien	4 218	19,1	35,1	11,9	11,0	9,5	7,8	3,6	2,0	18,0	14,7
Australien und Neuseeland	243	11,5	15,2	10,3	21,4	13,2	16,9	8,6	2,9	10,0	23,4
Staatenlose, ungeklärt und ohne Angabe	1 426	4,1	10,7	2,7	4,7	2,2	6,6	6,0	63,0	4,5	78,6
I n s g e s a m t	148 315	7,4	16,2	10,6	16,3	17,3	17,8	6,5	7,9	6,0	27,3

Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1960 - 1979



Ausländer nach Altersgruppen und Aufenthaltsdauer
im Bundesgebiet Ende September 1979

Altersgruppe	Ins- gesamt	Aufenthaltsdauer von ... Jahren			
		unter 1	1 - 4	4 - 10	10 und mehr
	Anzahl	%			
unter 15 Jahre	34 892	11,4	31,9	46,6	10,1
15 - 20 "	9 743	15,6	20,9	37,6	25,9
20 - 25 "	13 345	14,9	29,2	39,4	16,5
25 - 45 "	66 077	4,3	8,9	52,2	34,7
45 - 60 "	18 298	2,2	4,4	27,7	65,7
60 - 65 "	1 865	3,4	3,7	13,9	79,0
65 und älter	4 095	3,3	6,8	15,5	74,4
Insgesamt	148 315	7,4	16,2	44,3	32,2

Während rund 27% der Gesamtbevölkerung in den kreisfreien Städten des Landes gezählt wurden, waren es bei den Ausländern über 46% Anteile, die in den letzten Jahren steigende Tendenz hatten. Der Ausländeranteil lag Ende September 1979 im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit 6,9% deutlich über dem der Landkreise (3%), da sechs der zwölf Städte, aber nur zwei der 24 Kreise über dem Landeswert liegende Ausländeranteile aufwiesen. Am höchsten waren diese in den Städten Ludwigshafen und Mainz, wo 11,9% bzw. 9,9% der Bevölkerung eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit hatten. Es folgten Frankenthal mit 9% und Speyer mit 7,4%. Die relativ wenigsten Ausländer verzeichneten von den Städten Zweibrücken (3,2%) und Trier (2,3%). Über dem Landesdurchschnitt liegende Ausländeranteile hatten die Landkreise Germersheim und Ludwigshafen, wo 5,8% und 4,2% der Bevölkerung ausländische Mitbürger waren. Der Kreis mit dem niedrigsten Anteilswert war der Landkreis Cochem-Zell (1%). Geringfügig höher lagen die Ausländeranteile in den Kreisen des Regierungsbezirks Trier; dort wurden Werte zwischen 1,1% und 1,4% ermittelt.

Die räumliche Verteilung der Angehörigen einzelner Nationalitäten weist sehr unterschiedliche Schwerpunkte auf. Dazu sollen beispielhaft fünf der zahlenmäßig wichtigsten, sogenannten Gastarbeiternationen herausgestellt werden. Es sind dies Italien, Jugoslawien, Griechenland, Spanien und Türkei. Während in den kreisfreien Städten des Landes 68% aller Griechen, 59% der Italiener und 52% der Jugoslawen lebten,

wohnten fast zwei Drittel der Spanier und der Türken in den Landkreisen.

Betrachtet man die Aufteilung der genannten Nationalitäten auf die drei Regierungsbezirke von Rheinland-Pfalz, dann stellt man auch hierbei starke Konzentrationen fest. Im Norden des Landes (Regierungsbezirk Koblenz) waren 42% aller hier lebenden Spanier und 39% der Türken zu finden. Dagegen wurde dieser Raum von Griechen und Italienern nicht so stark bevorzugt; es lebten dort nur 16% bzw. 25% von ihnen. Dafür konzentrierten sich diese beiden Nationalitäten stark auf den Süden des Landes, den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, wo sich 83% der Griechen und 73% der Italiener aufhielten. Spanier waren im südlichen Landesteil weniger vertreten; nur 55% von ihnen lebten hier. Von den griechischen Staatsbürgern wohnten weniger als 1%, von den türkischen knapp 2% im Regierungsbezirk Trier. Auch Italiener, Spanier und Jugoslawen haben mit Werten zwischen 2,5% und rund 4% dieses Gebiet seltener für ihren Aufenthalt gewählt als der Durchschnitt aller Ausländer (4,7%). Dafür waren im Regierungsbezirk Trier erwartungsgemäß Staatsbürger aus westlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik, Frankreich und Beneluxländer, überdurchschnittlich stark vertreten.

Eine Aufschlüsselung der Ausländerzahlen auf die Verwaltungskreise verdeutlicht die erwähnten Schwerpunkte. In den zwei Städten mit dem höchsten Anteil von Ausländern an der Bevölkerung, nämlich Ludwigshafen und Mainz, wohnten im September 1979 rund 25% aller Ausländer unseres Landes. Stärker konzentriert waren dort Italiener (40%) und Jugoslawen (30%). Von den griechischen Staatsbürgern lebten sogar 53% in diesen beiden Städten, wobei aber hauptsächlich Ludwigshafen als Zentrum dieser Nationalität betrachtet werden konnte, da dort knapp 47% aller in Rheinland-Pfalz befindlichen Griechen ansässig waren. Spanier und Türken wiesen mit 22% und 18% geringere Anteile in diesen Städten auf, sie hatten dafür Schwerpunkte in Neuwied (Spanier) sowie im Landkreis Germersheim und im Westerwaldkreis (Türken). Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 1978 zeigt, daß die Konzentration der Ausländer auf diese beiden Städte weiter zugenommen hat, sowohl was die Gesamtheit der Ausländer als auch was die fünf genannten Herkunftsländer von Gastarbeitern betrifft.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Tätigkeit der Verwaltungsgerichte 1969 bis 1978

Nach § 14 der Verwaltungsgerichtsordnung entscheiden die allgemeinen Verwaltungsgerichte über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten, soweit diese nicht verfassungsrechtlicher Art sind und nicht kraft Gesetzes eine andere Zuständigkeit begründet ist. Wird die Verwaltungsgerichtsbarkeit auch in erster Linie unter dem Aspekt des Schutzes des einzelnen vor Rechtsmißbräuchen der „Dritten Gewalt“ gesehen, so

entspricht sie nicht zuletzt den Bedürfnissen der Verwaltung, schon insofern, als sie an der Ausgestaltung des Verwaltungsrechts entscheidend mitwirkt.

In Rheinland-Pfalz gibt es vier in erster Instanz fungierende Verwaltungsgerichte, die ihren Sitz in Koblenz, Trier, Mainz und Neustadt haben. Die Gerichte in Trier und Mainz hatten vor Inkrafttreten des

Bei den Verwaltungsgerichten eingegangene Streitsachen 1969 – 1978

Rechtsgebiet	1969 – 1978	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Insgesamt											
Allgemeines Staatsrecht	12	–	1	2	–	–	3	2	1	1	2
Staatskirchenrecht	8	–	–	–	–	–	–	2	2	–	4
Wahlrecht	60	24	5	2	5	1	16	1	3	3	–
Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht	7 934	51	282	898	865	286	209	390	954	1 691	2 308
Polizeirecht	1 629	58	66	72	131	153	162	219	214	283	271
Sachleistungs-, Enteignungs- u. Planungsrecht	525	61	57	37	46	29	31	50	49	82	83
Bau-, Boden- und Naturschutzrecht	6 386	400	411	366	479	614	705	786	844	852	929
Öffentliches Sachen-, Wege- und Wasserrecht	674	54	57	31	66	57	79	73	75	88	94
Recht des öffentlichen Dienstes	2 840	210	213	210	251	257	274	291	326	413	395
Personalvertretungsrecht	313	14	4	12	9	26	44	46	51	50	57
Beruf- und Gewerberecht	881	57	68	56	65	81	84	111	105	119	135
Gaststättenrecht	441	18	23	30	32	28	62	53	57	70	68
Selbstverwaltungsrecht	521	18	46	37	38	43	48	81	53	58	99
Abgaben- und Gemeindefinanzenrecht	9 030	508	465	419	626	675	883	989	1 117	2 205	1 143
Verkehrsrecht	1 345	68	63	53	87	94	115	191	205	221	248
Wirtschaftsverwaltungsrecht	379	136	89	29	31	15	19	6	12	12	30
Preisrecht	10	1	–	8	1	–	–	–	–	–	–
Sozialrecht	2 169	92	85	60	82	113	84	285	443	352	573
Flüchtlingsrecht	153	7	9	10	14	18	19	26	18	15	17
Wohnungsrecht	138	14	5	14	6	4	11	15	14	31	24
Gesundheits-, Seuchen- und Lebensmittelrecht	112	6	10	3	3	2	5	24	10	43	6
Agrar-, Forst-, Fischerei- und Jagdrecht	560	56	55	99	95	61	25	26	40	34	69
Flurbereinigungsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wehrrecht	6 074	331	357	432	588	763	768	765	533	548	989
Besatzungsschädenrecht	32	8	7	1	–	7	1	2	2	1	3
LAG-Verfahren	1 145	107	111	78	88	103	103	114	119	97	225
Kostenrecht	14	–	–	3	–	–	1	1	4	4	1
Vollstreckungsrecht	245	19	17	13	9	36	16	34	28	37	36
Weinrecht	421	–	–	–	–	–	57	63	47	133	121
Immissionsschutz-, Atom-, Abfall- beseitigungsrecht	116	–	–	–	–	–	–	–	30	29	57
Dienstordnungsrecht	59	–	–	–	–	–	–	–	11	15	33
Normenkontrollverfahren	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Rechtsgebiete	553	37	31	33	43	59	44	75	76	59	96
I n s g e s a m t	44 779	2 355	2 537	3 008	3 660	3 525	3 868	4 721	5 443	7 546	8 116
Anteil in %											
Allgemeines Staatsrecht	0,0	–	0,0	0,1	–	–	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Staatskirchenrecht	0,0	–	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–	0,0
Wahlrecht	0,1	1,0	0,2	0,1	0,1	0,0	0,4	0,0	0,1	0,0	–
Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht	17,7	2,2	11,1	29,9	23,6	8,1	5,4	8,3	17,5	22,4	28,4
Polizeirecht	3,6	2,5	2,6	2,4	3,6	4,3	4,2	4,6	3,9	3,7	3,3
Sachleistungs-, Enteignungs- u. Planungsrecht	1,2	2,6	2,2	1,2	1,3	0,8	0,8	1,1	0,9	1,1	1,0
Bau-, Boden- und Naturschutzrecht	14,3	17,0	16,2	12,2	13,1	17,4	18,2	16,6	15,5	11,3	11,4
Öffentliches Sachen-, Wege- und Wasserrecht	1,5	2,3	2,2	1,0	1,8	1,6	2,0	1,6	1,4	1,2	1,2
Recht des öffentlichen Dienstes	6,3	8,9	8,4	7,0	6,9	7,3	7,1	6,2	6,0	5,5	4,9
Personalvertretungsrecht	0,7	0,6	0,2	0,4	0,2	0,7	1,1	1,0	0,9	0,7	0,7
Beruf- und Gewerberecht	2,0	2,4	2,7	1,9	1,8	2,3	2,2	2,4	1,9	1,6	1,7
Gaststättenrecht	1,0	0,8	0,9	1,0	0,9	0,8	1,6	1,1	1,0	0,9	0,8
Selbstverwaltungsrecht	1,2	0,8	1,8	1,2	1,0	1,2	1,2	1,7	1,0	0,8	1,2
Abgaben- und Gemeindefinanzenrecht	20,2	21,6	18,3	13,9	17,1	19,1	22,8	20,9	20,5	29,2	14,1
Verkehrsrecht	3,0	2,9	2,5	1,8	2,4	2,7	3,0	4,0	3,8	2,9	3,1
Wirtschaftsverwaltungsrecht	0,8	5,8	3,5	1,0	0,8	0,4	0,5	0,1	0,2	0,2	0,4
Preisrecht	0,0	0,0	–	0,3	0,0	–	–	–	–	–	–
Sozialrecht	4,8	3,9	3,4	2,0	2,2	3,2	2,2	6,0	8,1	4,7	7,1
Flüchtlingsrecht	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,5	0,5	0,6	0,3	0,2	0,2
Wohnungsrecht	0,3	0,6	0,2	0,5	0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3
Gesundheits-, Seuchen- und Lebensmittelrecht	0,3	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	0,2	0,6	0,1
Agrar-, Forst-, Fischerei- und Jagdrecht	1,3	2,4	2,2	3,3	2,6	1,7	0,6	0,6	0,7	0,5	0,9
Flurbereinigungsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wehrrecht	13,6	14,0	14,1	14,4	16,1	21,6	19,9	16,2	9,8	7,3	12,2
Besatzungsschädenrecht	0,1	0,3	0,3	0,0	–	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
LAG-Verfahren	2,6	4,5	4,4	2,6	2,4	2,9	2,7	2,4	2,2	1,3	2,8
Kostenrecht	0,0	–	–	0,1	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
Vollstreckungsrecht	0,5	0,8	0,7	0,4	0,2	1,0	0,4	0,7	0,5	0,5	0,4
Weinrecht	0,9	–	–	–	–	–	1,5	1,3	0,9	1,8	1,5
Immissionsschutz-, Atom-, Abfall- beseitigungsrecht	0,3	–	–	–	–	–	–	–	0,6	0,4	0,7
Dienstordnungsrecht	0,1	–	–	–	–	–	–	–	0,2	0,2	0,4
Normenkontrollverfahren	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Rechtsgebiete	1,2	1,6	1,2	1,1	1,2	1,7	1,1	1,6	1,4	0,8	1,2
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Landesgesetzes über die Gliederung und die Bezirke der Gerichte vom 5. Oktober 1977 den Status einer Kammer, und zwar war die damalige Kammer Trier dem Verwaltungsgericht Koblenz, die Kammer Mainz dem Verwaltungsgericht Neustadt zugeordnet.

Einzigste Institution für Berufungsverfahren ist das Oberverwaltungsgericht in Koblenz, dessen erstinstanzliche Zuständigkeit sich auf Normenkontrollverfahren und auf Klagen in Flurbereinigungssachen beschränkt.

Es sei angemerkt, daß bei den Nachweisungen der Verwaltungsgerichtsstatistik eine auf die Bevölkerung bezogene Häufigkeitsziffer wegen der Möglichkeit der Klageerhebung durch juristische Personen nicht ermittelt werden kann. Insofern läßt sich eine exakte Häufigkeitsentwicklung nicht aufzeigen. Diese muß auf die Gegenüberstellung der absoluten Zahlen und der Prozentwerte beschränkt bleiben.

Streitigkeiten über Hochschulrecht, Erschließungs- und Ausbaubeiträge brachten enormen Anstieg des Geschäftsanfalls

Der Geschäftsanfall bei den Verwaltungsgerichten des Landes hat in den letzten zehn Jahren außerordentlich zugenommen. So lagen bei den vier Gerichten der ersten Instanz die Neuzugänge im Jahre 1978 (8 116) um das Zweieinhalbfache über den Zugängen des Jahres 1969 (2 355). Dies bedeutet eine Zunahme um das Zweieinhalbfache. Lediglich im Jahre 1973 war die Zahl der Eingänge rückläufig, in allen anderen Jahren hat der Geschäftsanfall, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß, zugenommen. Am stärksten waren die Zuwächse in den Jahren 1975 (853), 1976 (722) und 1977 (2 103). Der sprunghafte Anstieg der Streitsachen im Jahre 1977 wurde durch eine enorme Zunahme von Klagen aus den Sachgebieten Abgaben- und Gemeindefinanzrecht sowie Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht bewirkt.

Unter den 32 in der Statistik dargestellten Rechtsgebieten waren diese beiden innerhalb des Gesamtanfalls (44 779) auch am häufigsten während des Berichtszeitraumes tangiert. Streitigkeiten über das Abgaben- und Finanzrecht machten mit insgesamt 9 030 Eingängen gut ein Fünftel aus, die eingebrachten Klagen und Anträge, welche das Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht betrafen (7 934), nahezu 18%. Eine Gegenüberstellung der Neuzugänge in den einzelnen Jahren des Berichtszeitraums läßt das Ausmaß der Zunahme der Geschäftslast durch diese Verfahren erkennen. So steigerten sich bei kontinuierlichem Verlauf die Eingänge in Sachen Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht von 51 im Jahre 1969 auf 2 308 im Jahre 1978.

In den gleichen Jahren ergaben sich beim Abgaben- und Gemeindefinanzrecht Zugänge um 508 und 1 143 (+ 125%). Hier läge allerdings die Steigerungsrate noch erheblich höher, hätte nicht die Zahl der Zugänge 1978 gegenüber 1977 (2 205) eine solch abrupte Verminderung erfahren. Ist der Anstieg der Rechtsstreitigkeiten im Bereich des Schulrechts im Zusammenhang mit einer stärkeren Ausschöpfung des Hochschulrechtes zu sehen - vornehmlich handelt es sich um Verfahren gegen Hochschulzulassungsbeschrän-

kungen in den sogenannten Numerus-clausus-Fächern -, so dürfte die Zunahme des auf den Sachbereich Abgaben- und Gemeindefinanzrecht bezogenen Klagebegehrens hauptsächlich durch die nach Gründung der Verbandsgemeindeverwaltungen Anfang der 70er Jahre intensivierte Forderung fälliger Erschließungs- und Ausbaubeiträge bewirkt worden sein.

In den anderen Sachgebieten war die Klagehäufigkeit anteilmäßig noch wichtig in den Bereichen Bau-, Boden- und Naturschutzrecht (14,3%) und Wehrrecht (13,6%). Von der zahlenmäßigen Bedeutung her sind noch die Klagebegehren zu nennen, die das Recht des öffentlichen Dienstes (6,3%), das Sozialrecht (4,8%), das Polizeirecht (3,6%) und das Verkehrsrecht (3%) betrafen. Die Klagen der bisher erwähnten acht Rechtsbereiche umfassen 84% aller während des Berichtszeitraumes registrierten Eingänge.

Sieht man bei den Nachweisungen von jenen Streitigkeiten ab, die ihrer geringen Häufigkeit wegen im zeitlichen Verlauf keine Entwicklungstendenz erkennen lassen, oder für die als Folge periodischer Ereignisse (Wahlrechtssachen) bezüglich einer Trendfeststellung ein längerer Beobachtungszeitraum erforderlich wäre, so zeigt sich nur im Rechtsgebiet Wirtschaftsverwaltungsrecht ein Rückgang des Klagebegehrens. Es handelt sich hier vornehmlich um solche Klagen, die auf öffentliche Subventionen in den verschiedensten Bereichen gerichtet sind.

Hohe Erledigungsquote

Da in der Statistik eine Nachweisung der Verfahrensabschlüsse nach Rechtsgebieten in der Trennung nach den Instanzen nicht erfolgt, seien zunächst die Erledigungen durch die Gerichte der ersten Instanz nach der Erledigungs- und Verfahrensart dargestellt.

Unter Berücksichtigung der Restanten des Jahres 1968 (2 248) waren bei den vier Verwaltungsgerichten des Landes während des zehnjährigen Berichtszeitraumes insgesamt 47 027 Verfahren anhängig. Davon konnten in dieser Zeit 40 235 oder 86% beendet werden. Die meisten Klagesachen wurden durch Urteil (37,7%) oder Beschluß (38,8%) erledigt; 9% endeten mit einem Vergleich. Diese für die Gesamtheit der im Berichtszeitraum erledigten Klagesachen gültige Relation findet sich analog in den Nachweisungen der einzelnen Jahre: Stets erreichte die Quote der durch Urteil zum Abschluß gebrachten Verfahren nicht ganz die Quote der Verfahren, welche durch Beschluß beendet wurden.

Ein starkes Drittel der Erledigungen betraf Aussetzungsverfahren, die zu 94% durch Beschluß endeten. Diese Erledigungsart dominierte auch bei den zahlenmäßig bedeutungslosen Zwangsvollstreckungssachen (0,6%), den Antragsverfahren nach dem Personalvertretungsgesetz (0,8%) und sonstigen Streitsachen (0,1%).

Stärkere Zunahme des Berufungsbegehrens als des Klagebegehrens in erster Instanz

In noch stärkerem Maße als bei den Verwaltungsgerichten nahm im Berichtszeitraum der Geschäftsanfall des Oberverwaltungsgerichtes zu. Dieser belief sich auf insgesamt 9 049 Eingänge. Das Steigerungsausmaß des Anfalls verlief in den einzelnen

Beim Oberverwaltungsgericht eingegangene Streitsachen 1969 – 1978

Rechtsgebiet	1969 – 1978	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Insgesamt											
Allgemeines Staatsrecht	17	–	–	–	1	–	2	6	2	4	2
Staatskirchenrecht	1	–	–	–	–	–	–	–	–	1	–
Wahlrecht	15	3	1	4	–	1	2	2	2	–	–
Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht	1 811	17	23	38	256	44	42	95	121	282	893
Polizeirecht	398	12	24	19	26	23	40	53	65	66	70
Sachleistungs-, Enteignungs- u. Planungsrecht	99	9	11	11	7	12	6	5	7	8	23
Bau-, Boden- und Naturschutzrecht	1 510	79	92	113	89	135	147	181	194	201	279
Öffentliches Sachen-, Wege- und Wasserrecht	177	11	11	8	13	30	6	25	19	31	23
Recht des öffentlichen Dienstes	796	47	52	55	71	84	94	100	92	99	102
Personalvertretungsrecht	107	6	2	4	4	5	8	11	15	22	30
Beruf- und Gewerbeberecht	199	17	17	20	14	16	23	15	19	18	40
Gaststättenrecht	112	3	4	6	9	9	19	15	13	9	25
Selbstverwaltungsrecht	123	7	2	8	15	6	12	14	14	26	19
Abgaben- und Gemeindefinanzrecht	1 158	79	62	89	72	87	111	104	190	165	199
Verkehrsrecht	351	27	18	13	21	24	38	35	53	52	70
Wirtschaftsverwaltungsrecht	36	6	–	4	10	4	4	1	3	4	–
Preisrecht	3	–	1	–	2	–	–	–	–	–	–
Sozialrecht	379	17	18	16	12	9	20	22	68	88	109
Flüchtlingsrecht	55	4	7	4	8	6	8	6	6	2	4
Wohnungsrecht	23	4	1	1	5	1	2	–	1	4	4
Gesundheits-, Seuchen- und Lebensmittelrecht	43	5	2	12	3	5	1	1	4	6	4
Agrar-, Forst-, Fischerei- und Jagdrecht	64	2	4	6	9	9	9	5	3	5	12
Flurbereinigungsrecht	1 004	124	111	109	110	71	83	79	70	84	163
Wehrrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Besetzungsschädenrecht	14	–	2	2	3	2	2	2	1	–	–
LAG-Verfahren	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kostenrecht	64	9	3	7	3	6	7	16	3	6	4
Vollstreckungsrecht	42	3	4	2	1	4	6	3	10	5	4
Weinrecht	38	–	–	–	–	–	12	7	6	9	4
Immissionsschutz-, Atom-, Abfall- beseitigungsrecht	33	–	–	–	–	–	–	–	14	13	6
Dienstordnungsrecht	19	–	–	–	–	–	–	–	4	14	1
Normenkontrollverfahren	51	–	–	–	–	–	–	–	–	19	32
Sonstige Rechtsgebiete	307	19	22	15	22	18	15	29	35	25	107
Insgesamt	9 049	510	494	566	786	611	719	832	1 034	1 268	2 229
Anteil in %											
Allgemeines Staatsrecht	0,2	–	–	–	0,1	–	0,3	0,7	0,2	0,3	0,1
Staatskirchenrecht	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1	–
Wahlrecht	0,2	0,6	0,2	0,7	–	0,2	0,3	0,2	0,2	–	–
Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht	20,0	3,3	4,7	6,7	32,6	7,2	5,8	11,4	11,7	22,2	40,1
Polizeirecht	4,4	2,4	4,9	3,4	3,3	3,8	5,6	6,4	6,3	5,2	3,1
Sachleistungs-, Enteignungs- u. Planungsrecht	1,1	1,8	2,2	1,9	0,9	2,0	0,8	0,6	0,7	0,6	1,0
Bau-, Boden- und Naturschutzrecht	16,7	15,5	18,6	20,0	11,3	22,1	20,4	21,8	18,8	15,9	12,5
Öffentliches Sachen-, Wege- und Wasserrecht	2,0	2,2	2,2	1,4	1,7	4,9	0,8	3,0	1,8	2,4	1,0
Recht des öffentlichen Dienstes	8,8	9,2	10,5	9,7	9,0	13,7	13,1	12,0	8,9	7,8	4,6
Personalvertretungsrecht	1,2	1,2	0,4	0,7	0,5	0,8	1,1	1,3	1,5	1,7	1,3
Beruf- und Gewerbeberecht	2,2	3,3	3,4	3,5	1,8	2,6	3,2	1,8	1,8	1,4	1,8
Gaststättenrecht	1,2	0,6	0,8	1,1	1,1	1,5	2,6	1,8	1,3	0,7	1,1
Selbstverwaltungsrecht	1,4	1,4	0,4	1,4	1,9	1,0	1,7	1,7	1,4	2,1	0,9
Abgaben- und Gemeindefinanzrecht	12,8	15,5	12,6	15,7	9,2	14,2	15,4	12,5	18,4	13,0	8,9
Verkehrsrecht	3,9	5,3	3,6	2,3	2,7	3,9	5,3	4,2	5,1	4,1	3,1
Wirtschaftsverwaltungsrecht	0,4	1,2	–	0,7	1,3	0,7	0,6	0,1	0,3	0,3	–
Preisrecht	0,0	–	0,2	–	0,3	–	–	–	–	–	–
Sozialrecht	4,2	3,3	3,6	2,8	1,5	1,5	2,8	2,6	6,6	6,9	4,9
Flüchtlingsrecht	0,6	0,8	1,4	0,7	1,0	1,0	1,1	0,7	0,6	0,2	0,2
Wohnungsrecht	0,2	0,8	0,2	0,2	0,6	0,2	0,3	–	0,1	0,3	0,2
Gesundheits-, Seuchen- und Lebensmittelrecht	0,5	1,0	0,4	2,1	0,4	0,8	0,1	0,1	0,4	0,5	0,2
Agrar-, Forst-, Fischerei- und Jagdrecht	0,7	0,4	0,8	1,1	1,1	1,5	1,3	0,6	0,3	0,4	0,5
Flurbereinigungsrecht	11,1	24,3	22,5	19,3	14,0	11,6	11,5	9,5	6,8	6,6	7,3
Wehrrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Besetzungsschädenrecht	0,2	–	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1	–	–
LAG-Verfahren	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kostenrecht	0,7	1,8	0,6	1,2	0,4	1,0	1,0	1,9	0,3	0,5	0,2
Vollstreckungsrecht	0,5	0,6	0,8	0,4	0,1	0,7	0,8	0,4	1,0	0,4	0,2
Weinrecht	0,4	–	–	–	–	–	1,7	0,8	0,6	0,7	0,2
Immissionsschutz-, Atom-, Abfall- beseitigungsrecht	0,4	–	–	–	–	–	–	–	1,4	1,0	0,3
Dienstordnungsrecht	0,2	–	–	–	–	–	–	–	0,4	1,1	0,0
Normenkontrollverfahren	0,6	–	–	–	–	–	–	–	–	1,5	1,4
Sonstige Rechtsgebiete	3,4	3,7	4,5	2,7	2,8	2,9	2,1	3,5	3,4	2,0	4,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Jahren völlig kontinuierlich. Im Jahre 1969 waren es 510 Zugänge und 1978 insgesamt 2 229. Aus diesen Zahlen resultiert ein Anstieg um 337%. Nun handelt es sich bei den Zugängen des Oberverwaltungsgerichtes nicht ausnahmslos um Fälle einer Berufung (im folgenden findet dieser Terminus als Sammelbegriff für alle verfahrensmäßigen Arten der Eingaben zur zweiten Instanz, also auch der Beschwerde- und sonstigen Streitsachen Verwendung). Soweit es Normenkontrollverfahren und Verfahren nach Flurbereinigungsrecht betrifft, ist eine ausschließliche Zuständigkeit dieses Gerichtes gegeben.

Die Zahl der auf die erstgenannten Verfahren gerichteten Klagebegehren umfaßte während des Berichtszeitraumes 51, die Zahl der zweitgenannten 1 004 Eingänge. Bleiben diese bei der Ermittlung des Steigerungsausmaßes des Gesamtanfalles unberücksichtigt, so zeigt sich eine Vermehrung des Berufungsbegehrens um 427%. Die Zunahme dieses Be-

gehrens war also sehr viel deutlicher ausgeprägt als das erstinstanzliche Klagebegehren.

Der von den übrigen Berichtsjahren sich auffällig abhebende Geschäftsanfall des Jahres 1978 - er bildet fast ein Viertel des gesamten Anfalls - wurde durch den plötzlichen Anstieg der Berufungsverfahren im Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht bewirkt. Dies wiederum steht ursächlich mit der analogen Entwicklung in der ersten Instanz in Zusammenhang, da natürlich die Häufigkeit der Berufung in den einzelnen Rechtsgebieten mit dem erstinstanzlichen Klagebegehren korrespondiert. Im Berichtszeitraum stimmte die Rangfolge der Häufigkeiten beider Instanzen innerhalb der Rechtsgebiete fast überein.

51 Normenkontrollverfahren

Auch beim Oberverwaltungsgericht nahmen die das Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht betreffenden Eingänge (1 811) mit einem Fünftel aller Vorlagen die erste Stelle ein. Es folgen die Streitigkeiten aus den

Beim Oberverwaltungsgericht und den Verwaltungsgerichten erledigte Streitsachen nach Rechtsgebiet und Art der Erledigung 1969 - 1978

Rechtsgebiet	Ins- gesamt	Art der Erledigung											
		Urteil		Ge- richts- bescheid		Vor- bescheid		Vergleich		Beschuß		auf andere Weise	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Allgemeines Staatsrecht	20	6	30,0	-	-	-	-	-	-	10	50,0	4	20,0
Staatskirchenrecht	4	2	50,0	-	-	-	-	-	-	1	25,0	1	25,0
Wahlrecht	70	29	41,4	-	-	-	-	-	-	36	51,4	5	7,2
Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht	8 871	658	7,4	3	0,0	9	0,1	165	1,9	7 604	85,7	432	4,9
Polizeirecht	1 901	356	18,7	2	0,1	11	0,6	69	3,6	1 325	69,7	138	7,3
Sachleistungs-, Enteig- nungs- und Planungsrecht	565	126	22,3	-	-	3	0,5	22	3,9	302	53,5	112	19,8
Bau-, Boden- und Natur- schutzrecht	7 579	2 713	35,8	58	0,8	94	1,2	1 028	13,6	2 940	38,8	746	9,8
Öffentliches Sachen-, Wege- und Wasserrecht	720	240	33,3	2	0,3	4	0,6	41	5,7	362	50,3	71	9,9
Recht des öffentlichen Dienstes	3 408	1 547	45,4	33	1,0	13	0,4	151	4,4	1 316	38,6	348	10,2
Personalvertretungsrecht	421	56	13,3	-	-	1	0,2	6	1,4	248	58,9	110	26,1
Beruf- und Gewerbeberecht	984	236	24,0	6	0,6	13	1,3	78	7,9	544	55,3	107	10,9
Gaststättenrecht	528	96	18,2	1	0,2	3	0,6	23	4,4	373	70,6	32	6,1
Selbstverwaltungsrecht	528	182	34,5	1	0,2	-	-	38	7,2	270	51,1	37	7,0
Abgaben- und Gemeinde- finanzrecht	8 184	2 218	27,1	32	0,4	31	0,4	612	7,5	4 486	54,8	805	9,8
Verkehrsrecht	1 551	378	24,4	7	0,5	13	0,8	166	10,7	881	56,8	106	6,8
Wirtschaftsverwaltungs- recht	411	76	18,5	-	-	1	0,2	5	1,2	311	75,7	18	4,4
Preisrecht	5	-	-	-	-	-	-	-	-	5	100,0	-	-
Sozialrecht	2 209	881	39,9	26	1,2	51	2,3	115	5,2	844	38,2	292	13,2
Flüchtlingsrecht	181	84	46,4	-	-	4	2,2	5	2,8	70	38,7	18	9,9
Wohnungsrecht	132	61	46,2	-	-	6	4,5	2	1,5	46	34,9	17	12,9
Gesundheits-, Seuchen- und Lebensmittelrecht	149	42	28,2	-	-	1	0,7	8	5,4	74	49,7	24	16,1
Agrar-, Forst-, Fischerei- und Jagdrecht	534	111	20,8	-	-	14	2,6	48	9,0	307	57,5	54	10,1
Flurbereinigungsrecht	904	312	34,5	1	0,1	4	0,4	199	22,0	309	34,2	79	8,7
Wehrrecht	5 336	899	16,9	1	0,0	59	1,1	89	1,7	3 844	72,0	444	8,3
Besatzungsschädenrecht	66	17	25,8	-	-	-	-	13	19,7	30	45,4	6	9,1
LAG-Verfahren	1 209	535	44,2	-	-	36	3,0	11	0,9	335	27,7	292	24,2
Kostenrecht	76	16	21,0	-	-	1	1,3	-	-	54	71,1	5	6,6
Vollstreckungsrecht	255	7	2,7	-	-	-	-	2	0,8	141	55,3	105	41,2
Weinrecht	283	65	23,0	-	-	1	0,3	48	17,0	122	43,1	47	16,6
Immissionsschutz-, Atom-, Abfallbeseitigungsrecht	135	24	17,8	1	0,7	6	4,4	14	10,4	68	50,4	22	16,3
Dienstordnungsrecht	61	12	19,7	-	-	-	-	1	1,6	28	45,9	20	32,8
Normenkontrollverfahren	44	20	45,4	-	-	-	-	3	6,8	12	27,3	9	20,5
Sonstige Rechtsgebiete	804	135	16,8	11	1,4	14	1,7	21	2,6	450	56,0	173	21,5
I n s g e s a m t	48 128	12 140	25,2	185	0,4	393	0,8	2 983	6,2	27 748	57,7	4 679	9,7

Beim Oberverwaltungsgericht und den Verwaltungsgerichten erledigte Sachen nach Verfahrensart und Art der Erledigung 1969 - 1978

Verfahrensart	Ins- gesamt		Art der Erledigung											
			Urteil		Ge- richts- bescheid		Vor- bescheid		Vergleich		Beschuß		auf andere Weise	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Oberverwaltungsgericht														
Berufungssachen	3 078	39,0	1 896	61,6	-	-	-	-	199	6,5	735	23,9	248	8,1
Beschwerdesachen	3 619	45,9	-	-	-	-	-	-	14	0,4	3 258	90,0	347	9,6
Erstinstanzliche Klage- sachen	889	11,3	326	36,7	1	0,1	4	0,4	200	22,5	268	30,1	90	10,1
Erstinstanzliche Aus- setzungsverfahren	141	1,8	1	0,7	-	-	-	-	2	1,4	122	86,5	16	11,3
Sonstige Streitsachen	166	2,1	-	-	-	-	-	-	-	-	63	38,0	103	62,0
I n s g e s a m t	7 893	100,0	2 223	28,2	1	0,0	4	0,1	415	5,3	4 446	56,3	804	10,2
Verwaltungsgerichte														
Klagesachen	25 777	64,1	9 727	37,7	183	0,7	387	1,5	2 365	9,2	10 007	38,8	3 108	12,1
Aussetzungsverfahren	13 875	34,5	141	1,0	1	0,0	1	0,0	196	1,4	12 982	93,6	554	4,0
Zwangsvollstreckungs- sachen	222	0,6	-	-	-	-	-	-	1	0,5	106	47,7	115	51,8
Antragsverfahren nach dem Pers.VG	302	0,8	48	15,9	-	-	1	0,3	6	2,0	176	58,3	71	23,5
Sonstige Streitsachen	59	0,1	1	1,7	-	-	-	-	-	-	31	52,5	27	45,8
I n s g e s a m t	40 235	100,0	9 917	24,6	184	0,5	389	1,0	2 568	6,4	23 302	57,9	3 875	9,6

Bereichen Bau-, Boden- und Naturschutzrecht (1 510 oder 16,7%) sowie Abgaben- und Gemeindefinanzzrecht (1 158 oder 12,8%). An vierter Stelle rangieren Eingaben in Sachen Flurbereinigungsrecht (11,1%), welche ausschließlich durch das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden sind. Einen deutlich geringeren Geschäftsanfall bewirkten Berufungseingaben in Sachen des öffentlichen Dienstes (8,8%), des Polizeirechtes (4,4%), des Sozialrechtes (4,2%) und des Verkehrsrechtes (3,9%). Mit jeweils mehr als 100 Eingängen hatten ein gewisses zahlenmäßiges Gewicht noch die das Berufs- und Gewerbebereich (2,2%), das öffentliche Sachen-, Wege- und Wasserrecht (2%), das Selbstverwaltungsrecht (1,4%), das Gaststättenrecht (1,2%) sowie das Personalvertretungsrecht (1,2%) betreffenden Eingaben. Von Interesse dürften die ab dem Jahre 1977 nachgewiesenen Eingänge zur Durchführung eines Normenkontrollverfahrens sein. Insgesamt gab es 51 solcher Zugänge, welche darauf gerichtet waren, über die Gültigkeit einer im Range unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschrift zu entscheiden.

Die bisher genannten Neuzugänge umfassen 90% der beim Oberverwaltungsgericht während der Jahre 1969 bis 1978 eingegangenen Sachen. Ausgenommen die das Flurbereinigungsrecht betreffenden Streitigkeiten und die Streitsachen in Wehrrecht- und LAG-Angelegenheiten, für welche nur Revision beim Bundesverwaltungsgericht zugelassen ist, sowie die in erster Instanz endenden Normenkontrollverfahren gab es keinen klassifizierten Rechtsbereich ohne Berufungsbegehren.

Jede fünfte Streitsache ging in die Berufung

In welchem Umfange die erstinstanzliche Entscheidung nicht angenommen wird, kann durch die Verfolgung des Einzelfalles über das Klageergebnis hinaus getroffen werden. Mangels solcher Nachweisungen in

der Verwaltungsgerichtsstatistik sollen die für den Berichtszeitraum aus dem Verhältnis von Berufungsbegehren zu Klagebegehren in erster Instanz sich ergebenden Relationen aufgezeigt werden. Gemessen an der Gesamtzahl der erstinstanzlichen Eingänge beliefen sich die Berufungseingänge auf 18%. Läßt man die Gebiete Kostenrecht und Allgemeines Staatsrecht außer acht, bei denen die im Berichtszeitraum registrierten Berufungsklagen die Klagen in erster Instanz weit übersteigen, so findet sich - ohne Rücksicht auf die Rangfolge der Häufigkeiten - der höchste Anteil bei den Berufungsklagen aus dem Besatzungsschadenrecht (43,8%), dem Gesundheits-, Seuchen- und Lebensmittelrecht (38,4%), dem Flüchtlingsrecht (35,9%), dem Personalvertretungsrecht (34,2%), dem Dienstordnungsrecht (32,2%) und dem Preisrecht (30%). Immer noch deutlich über dem auf das Klagebegehren in erster Instanz bezogenen Mittelwert liegen die Berufungsbegehren aufgrund des Immissionsschutz-, Atom- und Abfallbeseitigungsrechtes (28,4%), des Rechts des öffentlichen Dienstes (28%), des öffentlichen Sachen-, Wege- und Wasserrechts (26,3%), des Verkehrsrechts (26,1%) und des Gaststättenrechts (25,4%).

Ist das Interesse für die Inanspruchnahme der Berufung bei diesen Streitigkeiten wahrscheinlich am stärksten ausgeprägt, so scheint das Gegenteil bei den folgenden Streitigkeiten der Fall zu sein. Die niedrigsten Anteile ergeben sich - auch hier wieder im Verhältnis zum erstinstanzlichen Klagebegehren zu sehen - bei Streitigkeiten, welche Weinrecht (9%), Wirtschaftsverwaltungsrecht (9,5%), Agrar-, Forst-, Fischerei- und Jagdrecht (11,4%), Staatskirchenrecht (12,5%) sowie Abgaben- und Gemeindefinanzzrecht (12,8%) betrafen.

Eine Aussage über die Entwicklung der Berufungshäufigkeit innerhalb der Rechtsgebiete muß sich auf

jene beschränken, bei welchen der Geschäftsanfall über die einzelnen Jahre durch eine bestimmte Größenordnung Zufallsschwankungen ausschließt. Eine völlige Kontinuität bei den Zugängen über die Jahre 1969 bis 1978 gibt es nicht. Eine stetige Zunahme mit starken Steigerungsraten findet sich bei den zahlenmäßig bedeutenden Berufungsanträgen, die Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht (+ 5153%), Sozialrecht (+ 541%), Polizeirecht (+ 483%) sowie Bau-, Boden- und Naturschutzrecht (+ 253%) betrafen. Mehr als doppelt so hoch wie 1969 lagen die Eingänge 1978 bei den Streitsachen in Angelegenheiten des Abgaben- und Gemeindefinanzenrechts (+ 152%) sowie des Rechts des öffentlichen Dienstes (+ 117%).

Beschwerdesachen endeten fast ausschließlich durch Beschluß

Berücksichtigt man die Restanten des Jahres 1968, so wurden während des Berichtszeitraumes insgesamt 9 316 Verfahren beim Oberverwaltungsgericht des Landes anhängig. Mehr als vier Fünftel (85%) fanden bis Ende 1978 ihre Erledigung. Zumeist handelt es sich hierbei um echte Berufungssachen (39%) und um Beschwerdesachen (46%), weit weniger um erstinstanzliche Klagesachen (11,3%) und Aussetzungsverfahren (1,8%) sowie um sonstige Streitsachen (2,1%). Während die Berufungssachen hauptsächlich (62%) durch Urteil beendet wurden, fanden die Be-

schwerdesachen ihre Erledigung zu 90% durch Beschluß.

Der Umfang der anhängigen Verfahren nach Rechtsgebieten ist den statistischen Ergebnissen nicht zu entnehmen. Insofern ist eine Aussage über das Verhältnis dieser Verfahren zu den erledigten Verfahren, aus welcher auf typische Umstände im Verfahrensverlauf geschlossen werden könnte, nicht zu treffen. Die Erledigungen können ausschließlich für beide Instanzen zusammen nach Erledigungsart und Rechtsgebiet dargestellt werden. Schwerpunkte bei den durch Urteil abgeschlossenen Fällen betrafen Flüchtlingsrecht, Wohnungsrecht, Normenkontrollverfahren, (je 46%), Recht des öffentlichen Dienstes (45%) und Wahlrecht (41%). Überwiegend durch Beschluß wurden Streitigkeiten in Sachen Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht (86%), Wirtschaftsverwaltungsrecht (76%), Wehrrecht (72%) und Polizeirecht (70%) beendet. Beim gerichtlichen Vergleich heben sich hervor die Anteile der Erledigungen in Sachen Flurbereinigungsrecht (22%), Besatzungsschädenrecht (19,7%), Weinrecht (17%) und Bau-, Boden- und Naturschutzrecht (13,6%).

Innerhalb der Erledigungsarten gab es im Verlaufe der Berichtsjahre bei den einzelnen Rechtsgebieten keine auffälligen Verschiebungen der Anteile.

R. Zirwes

Vorausschätzung der regionalen Geburtenhäufigkeit

Teil 2: Hypothesen zur künftigen Entwicklung und Prognoseergebnisse

In den altersabhängigen Geburtenziffern schlägt sich nicht nur der Wunsch nach Kindern, sondern auch der demographische Einfluß der Ehen nieder. Änderungen in der Zahl der Ehen nach dem Alter der Ehepartner und der Ehedauer führen auch bei gleichbleibendem Geburtenverhalten zu veränderten Geburtenwahrscheinlichkeiten der einzelnen Frauenjahrgänge. Die Auswirkungen dieser Komponente können nur dann exakt berücksichtigt werden, wenn auf eine Vorausschätzung der Eheschließungen nach dem Alter der Ehepartner zurückgegriffen werden kann, die mit Hilfe von ehedauerspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eine getrennte Vorausschätzung der Geburten ermöglicht. Da diese Voraussetzung bei der vorliegenden Prognose noch nicht erfüllt ist - sie kann erst im Rahmen der geplanten Familien- und Haushaltsprognose realisiert werden -, wird versucht, diesem Effekt bei der Wahl der jeweils festzulegenden Trendfunktion für die Vorausschätzung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

Steigende Geburtenziffern der 26- bis 31jährigen Frauen

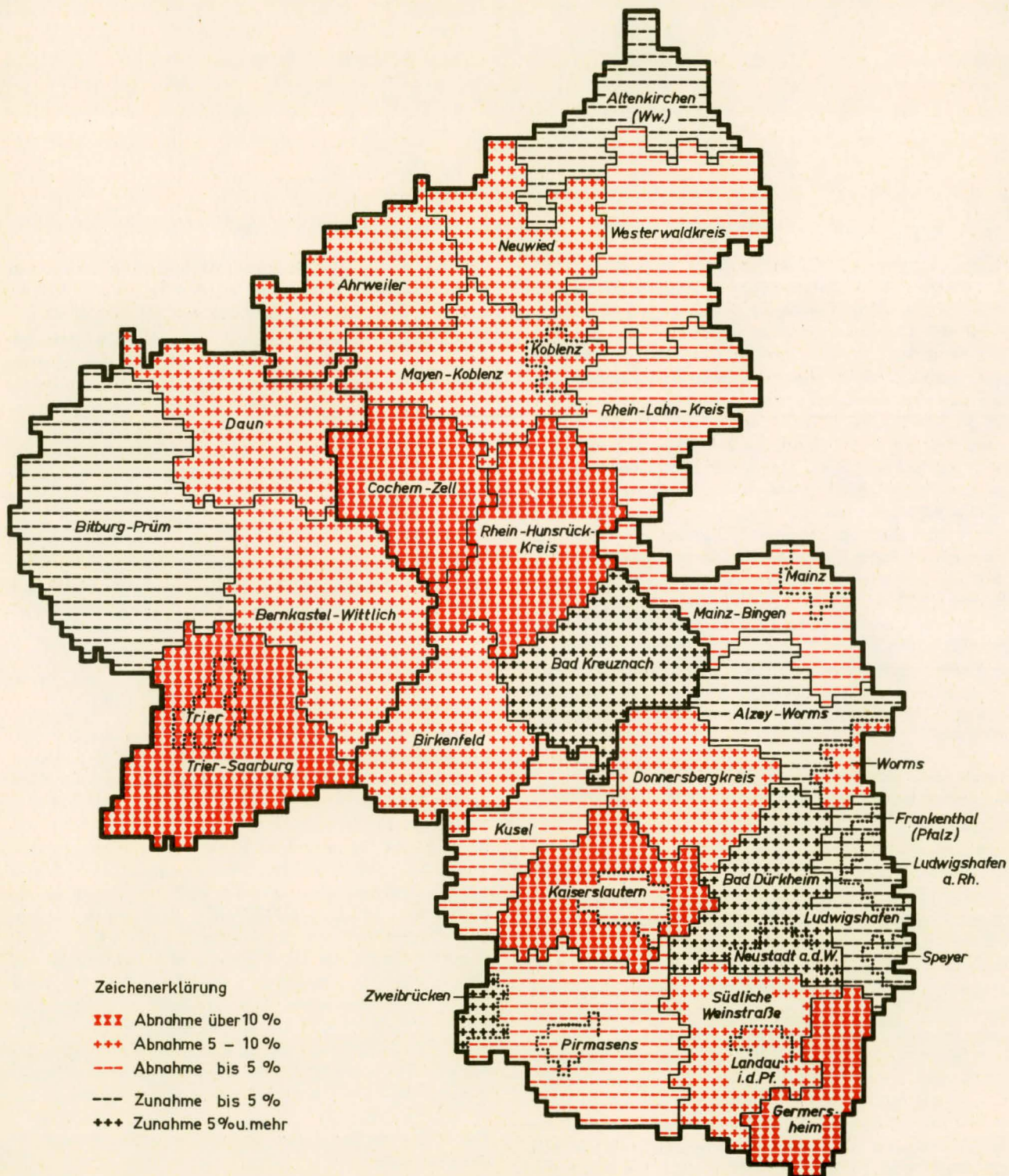
Es wird davon ausgegangen, daß im Zusammenhang mit einem weiteren schwachen Rückgang der Heiratsneigung die Schwerpunktverlagerung der altersspezifischen Heiratshäufigkeit in Richtung höherer Altersjahrgänge auch in Zukunft anhält. Unter der Bedingung

eines unveränderten generativen Verhaltens resultiert daraus, daß sich die mit Beginn der 70er Jahre auftretenden Abwärtstrends der Fruchtbarkeitsziffern 18- bis 25jähriger Frauen mit abnehmenden Veränderungsraten auch in Zukunft fortsetzen werden. Aus den gleichen Gründen erscheint es folgerichtig, die seit drei bis vier Jahren wieder etwas ansteigenden Geburtenziffern der 26- bis 31jährigen Frauen - unter Berücksichtigung der jeweiligen Geburtenabstände - in den Prognosezeitraum hinein zu verlängern. Da die altersspezifische Heiratshäufigkeit bei den über 30-jährigen ledigen Frauen seit 1961 nahezu unverändert blieb, erübrigen sich für die Geburtenhäufigkeiten der über 31jährigen Frauen entsprechende rechnerische Konsequenzen.

Anhaltender Rückgang der Dritt- und Mehr-Kindergeburten

Faßt man die Analyse der zurückliegenden Entwicklung des Geburtenverhaltens zusammen, so erscheint die Annahme berechtigt, daß sich die allgemeine Fruchtbarkeit - bei immer kleiner werdenden Veränderungsraten - noch innerhalb des Prognosezeitraums stabilisieren dürfte, weil der Wunsch nach Kindern nicht erst in jüngster Zeit, sondern schon lange und stetig nachgelassen hat. Die neuere Entwicklung ist hauptsächlich dadurch gekennzeichnet, daß die Mehrzahl der Eheleute nicht mehr als zwei Kinder will und eine immer kleiner werdende Gruppe von Ehepaaren

Voraussichtliche Veränderung der Geburtenhäufigkeit zwischen 1978 und 1993



Jahr	Lebend- geborene ins- gesamt	Eheliche Lebendgeborene						
		zu- sammen	als ... Kind					
			1.	2.	3.	4.	5.	6. oder weiteres
1963	2 769,2	2 643,4	1 010,0	802,8	422,3	200,5	98,6	109,2
1964	2 669,0	2 668,8	996,0	823,7	436,9	202,1	97,9	112,2
1965	2 714,8	2 601,5	995,7	796,9	420,6	195,4	90,0	102,9
1966	2 745,0	2 635,1	1 012,8	806,4	426,5	194,4	91,0	104,0
1967	2 657,6	2 550,3	989,1	795,8	406,7	179,1	86,2	93,4
1968	2 559,4	2 453,1	961,4	766,4	384,7	173,3	76,7	90,6
1969	2 345,4	2 247,1	894,7	708,6	350,8	151,3	66,7	75,0
1970	2 136,4	2 042,3	853,6	635,5	305,7	127,0	57,8	62,7
1971	2 001,6	1 908,7	829,6	596,3	263,9	114,9	48,3	55,7
1972	1 765,1	1 677,1	743,0	533,2	222,1	92,5	40,1	46,2
1973	1 574,2	1 494,6	669,8	487,7	189,1	77,5	32,6	37,9
1974	1 523,5	1 437,4	667,7	470,8	172,8	65,0	29,5	31,6
1975	1 459,6	1 380,3	646,7	458,1	165,8	59,5	26,1	24,1
1976	1 450,8	1 375,1	664,3	458,0	157,3	54,6	20,8	20,1
1977	1 417,1	1 349,1	675,0	450,1	141,2	48,1	19,0	15,7
1978	1 419,5	1 339,8	662,2	460,8	140,3	44,8	17,5	14,2

in drei Kindern die Obergrenze für eine den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angemessene Familiengröße sieht. Genauere Hinweise vermittelt der nach der Geburtenfolge untergliederte Gesamtindex der Fruchtbarkeit, aus dessen Veränderung lediglich auf eine weitere Abnahme der Dritt- und Mehr-Kinder-Geburten geschlossen werden kann. Eine Orientierung an großstädtischen Entwicklungen wäre in diesem Zusammenhang irreführend, weil hier Sondereinflüsse oder auch strukturelle Besonderheiten der Bevölkerung sehr viel stärker als im Landesdurchschnitt zu Buche schlagen und das eigentliche Geburtenverhalten verfälschen. Erfolgsversprechender erscheint der Versuch, im Rahmen der Aktualisierung des Prognosemodells Annahmen und Trends der Geburtenhäufigkeiten für Erst-, Zweit- und Mehr-Kinder durch Meinungsumfragen über die gewünschte Kinderzahl, deren Ergebnisse von Zeit zu Zeit durch Forschungsinstitute veröffentlicht werden, abzusichern, weil hier Wertvorstellungen zum Ausdruck kommen, die vermutlich das Reproduktionsverhalten auf längere Sicht bestimmen.

Tendenziell höhere Geburtenhäufigkeit im ländlichen Raum

Schließlich stellt sich die Frage, welche regionalen Auswirkungen von diesen allgemeinen Entwicklungstendenzen ausgehen. Der größte Spielraum für eine Verkleinerung der Familien besteht in Gebieten, in denen der Strukturwandel der Landwirtschaft am stärksten voranschreitet. Der theoretisch denkbare Rückgang wird jedoch offensichtlich nicht in dem Maße realisiert, wie dies nach den augenblicklichen Familiengrößen in den Städten zu erwarten wäre. Obwohl die das Geburtenverhalten negativ beeinflussenden Faktoren von den städtischen Kerngebieten über die Randzonen mehr und mehr auf die übrigen Gebiete übergreifen, bieten diese Räume auf lange Sicht immer noch bessere Rahmenbedingungen für größere Familien als die verstädterten Zonen. Charakteristisch für die ländlichen Kreise werden auch weiterhin die niedrige Bevölkerungsdichte, der relativ hohe Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung und die ungünstigeren Erwerbsmöglichkeiten für Frauen außerhalb der Landwirtschaft sein. Einer Ausweitung der Teilzeit-

beschäftigung für Frauen sind hier insofern Grenzen gesetzt, als die Entfernung zu den Betriebsstätten in vielen Fällen unverhältnismäßig groß bleiben dürfte.

Andererseits bleibt zu befürchten, daß Gebiete, die fern der Einzugsbereiche von Verdichtungsgebieten liegen, ähnlich wie die Kernstädte selbst, Wanderungsverluste vor allem von jüngeren Menschen im Heiratsalter hinzunehmen haben. Eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung sowohl in Verdichtungsgebieten als auch in abgelegenen Räumen ist also nicht auszuschließen, wobei sich die Altersstruktur der Städte nur durch den höheren Anteil jüngerer Ausländer günstiger gestalten dürfte. Überlagert wird diese Entwicklung durch die anhaltende Stadt-Umland-Wanderung jüngerer Ehepaare, deren Umzugsradius nicht zuletzt infolge des Grundstücks- und Wohnungspreisgefälles zwischen Stadt und Land in den letzten Jahren sichtbar größer geworden ist.

Regionale Sonderfaktoren

Die Geburtenhäufigkeiten in den einzelnen Landesteilen können also sehr stark durch demographische Faktoren beeinflusst sein, die keine eindeutigen Aussagen über bestimmte regionaltypische Entwicklungen des Geburtenverhaltens zulassen. Bei der Regionalisierung der Geburtenhäufigkeit ist daher ein besonderes Augenmerk auf bevölkerungsstrukturelle Merkmale zu richten. Dazu gehört, daß auf dieser Ebene einerseits der unterschiedlichen Geburtenhäufigkeit von Deutschen und Ausländern, andererseits auch der Fluktuation der Bevölkerung in Universitäts- und Garnisonsstädten besonders Rechnung getragen wird. Die Auswirkungen der Wanderungen, insbesondere der Bevölkerung im fortpflanzungsfähigen Alter, kommen erst dann zum Tragen, wenn die Prognosen der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung in dem Gesamtmodell zusammengeführt werden.

Quantifizierte Annahmen und rechnerischer Ablauf der Prognose

Die wichtigsten Konsequenzen dieser Analyse sind allgemeingültiger Natur und daher raumunabhängig. In einem ersten Schritt wird deshalb ermittelt, welche Auswirkungen sich durch den Rückgang der Kinder

Voraussichtliche Entwicklung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern 1979 - 1993

Alter am Jahresende	Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter auf 1 000 Frauen gleichen Alters								
	1979	1980	1981	1982	1983	1985	1987	1990	1993
15	0,8	0,8	0,8	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
16	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
17	11,5	10,6	9,7	8,9	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0
18	27,8	25,9	24,2	22,6	22,5	22,5	22,5	22,4	22,5
19	42,8	41,2	39,8	38,3	38,4	38,3	38,3	38,4	38,4
20	59,3	58,2	57,6	56,9	56,9	56,8	56,6	56,6	56,5
21	73,0	72,6	71,8	71,4	71,7	71,7	71,6	71,8	71,6
22	87,5	87,0	86,8	86,3	86,9	87,2	87,2	87,0	87,3
23	99,2	98,2	97,9	97,8	98,0	99,2	99,3	99,0	99,0
24	104,2	103,5	103,1	103,3	104,2	105,2	105,7	105,7	106,1
25	110,1	109,2	108,6	108,0	108,6	109,4	110,3	110,5	110,3
26	113,5	114,3	114,6	115,0	115,2	116,3	117,3	118,0	117,5
27	106,8	107,3	108,3	108,8	108,9	109,5	110,4	111,6	111,5
28	102,4	102,7	102,9	103,6	103,5	103,8	104,9	106,0	106,2
29	89,0	89,8	90,5	91,0	91,4	91,4	91,9	93,2	93,8
30	77,7	78,0	78,5	79,1	78,8	79,0	79,2	79,3	79,7
31	62,9	63,0	62,9	63,0	63,2	63,2	63,0	63,2	63,6
32	48,9	48,1	47,4	46,5	46,4	46,4	46,5	46,6	46,7
33	39,9	39,5	39,3	39,0	38,9	39,0	39,0	39,0	39,1
34	31,7	31,2	30,7	30,4	30,3	30,3	30,2	30,3	30,4
35	28,0	27,5	27,0	26,8	26,7	26,6	26,7	26,7	26,4
36	19,7	19,1	18,8	18,3	18,4	18,3	18,3	18,3	18,2
37	16,5	15,9	15,3	14,8	14,8	14,8	14,8	14,8	14,7
38	11,2	10,5	10,0	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6
39	9,1	8,1	7,4	6,5	6,6	6,6	6,6	6,6	6,6
40	5,6	5,0	4,4	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
41	5,8	5,3	4,9	4,5	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6
42	3,8	3,3	2,9	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
43	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
44	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
45	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
46	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
47	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
48	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
49	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtindex der Fruchtbarkeit	1 399,2	1 386,2	1 376,5	1 368,3	1 371,3	1 376,5	1 381,3	1 386,1	1 387,2

nach der Geburtenfolge auf die allgemeine und altersspezifische Geburtenhäufigkeit tendenziell ergeben. Für diesen Zweck steht eine Zeitreihe von jährlichen Beobachtungswerten über den Gesamtindex der Geburtenhäufigkeit nach der Ordnungsnummer der ehelich geborenen Kinder ab 1963 zur Verfügung. Über die künftige Entwicklung dieser Zeitreihe werden Annahmen getroffen, die auf Untersuchungen von Schwarz¹⁾ aufbauen.

Während die Abnahme der Zahl der erstgeborenen Kinder im Bundesdurchschnitt zu fast zwei Drittel und der zweitgeborenen Kinder noch zu rund einem Drittel auf demographischen Ursachen beruht, ist die Abnahme der Zahl der dritten Kinder weitgehend und der vierten und weiteren Kinder ausschließlich auf Änderungen des generativen Verhaltens zurückzuführen. Infolgedessen wird der zuletzt erreichte Gesamtindex für Erst- und Zweitkinder über den Prognosezeitraum konstant gehalten. Dieses Vorgehen erscheint deshalb gerechtfertigt, weil - bei einem wachsenden Anteil kinderlos bleibender Ehen - die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre trotz abnehmender Heiratsneigung in Zukunft für einen schwachen Anstieg in der Zahl der Eheschließungen sorgen dürften.

Dagegen wird bei den Gesamtindizes mit höherer Ordnungsnummer in der Geburtenfolge ein weiterhin

fallender Trend unterstellt, dessen Neigung mit zunehmender Ordnungsnummer vergrößert wird. Während für den Gesamtindex drittgeborener Kinder bis 1993 ein Rückgang auf 120 angezeigt erscheint, wird für viertgeborene Kinder ein Wert von 30, für fünftgeborene Kinder von 10 und für sechst und weitere Kinder ein Wert von 5 als realistisch angesehen. Aufgrund eines durchschnittlichen Verteilungsmusters (Drei-Jahres-Durchschnitt) des Gesamtindex nach der Ordnungsnummer der Kinder und dem Altersjahrgang der Frauen läßt sich feststellen, welche Trendwerte der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern sich aus dieser Perspektive in Zukunft ergeben. Durch Vergleich von altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern, die zum einen nur eheliche, zum anderen auch nichteheliche Geburten umfassen, werden die ursprünglichen Trendwerte korrigiert und den allgemeinen altersspezifischen Geburtenziffern angepaßt.

Unabhängig davon werden in einem zweiten Schritt die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern entsprechend ihrem Verlaufsbild mit unterschiedlichen Trendfunktionen extrapoliert und mit den Werten des ersten Rechenganges verglichen. Über diesen Datenabgleich können unplausible Werte rechtzeitig erkannt und berichtigt werden. Damit liegen die Rahmendaten für eine Regionalisierung der Geburtenhäufigkeit fest.

Für die Umrechnung dieser landesdurchschnittlichen Grundwerte auf Verwaltungsbezirke wird die Frucht-

¹⁾ Schwarz, K.: Gründe des Geburtenrückgangs 1966 bis 1975 und für „Nullwachstum“ erforderliche Kinderzahl der Ehen. Wirtschaft und Statistik, Heft 6, Wiesbaden 1977, S. 376.

barkeit von Deutschen jeweils gesondert ermittelt, um den demographischen Effekt, der durch eine regionale Ausländerkonzentration bedingt ist, möglichst auszuschalten. Da sich nach vorliegenden Informationen keine signifikante Entwicklungsrichtung der Geburtenhäufigkeit von Ausländerinnen abzeichnet, wird von einem konstanten Verhältnis zwischen den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Gesamtbevölkerung und des deutschen Bevölkerungsteils ausgegangen, das bei abfallenden Trends eine Annäherung der Fruchtbarkeit von Deutschen und Ausländerinnen impliziert.

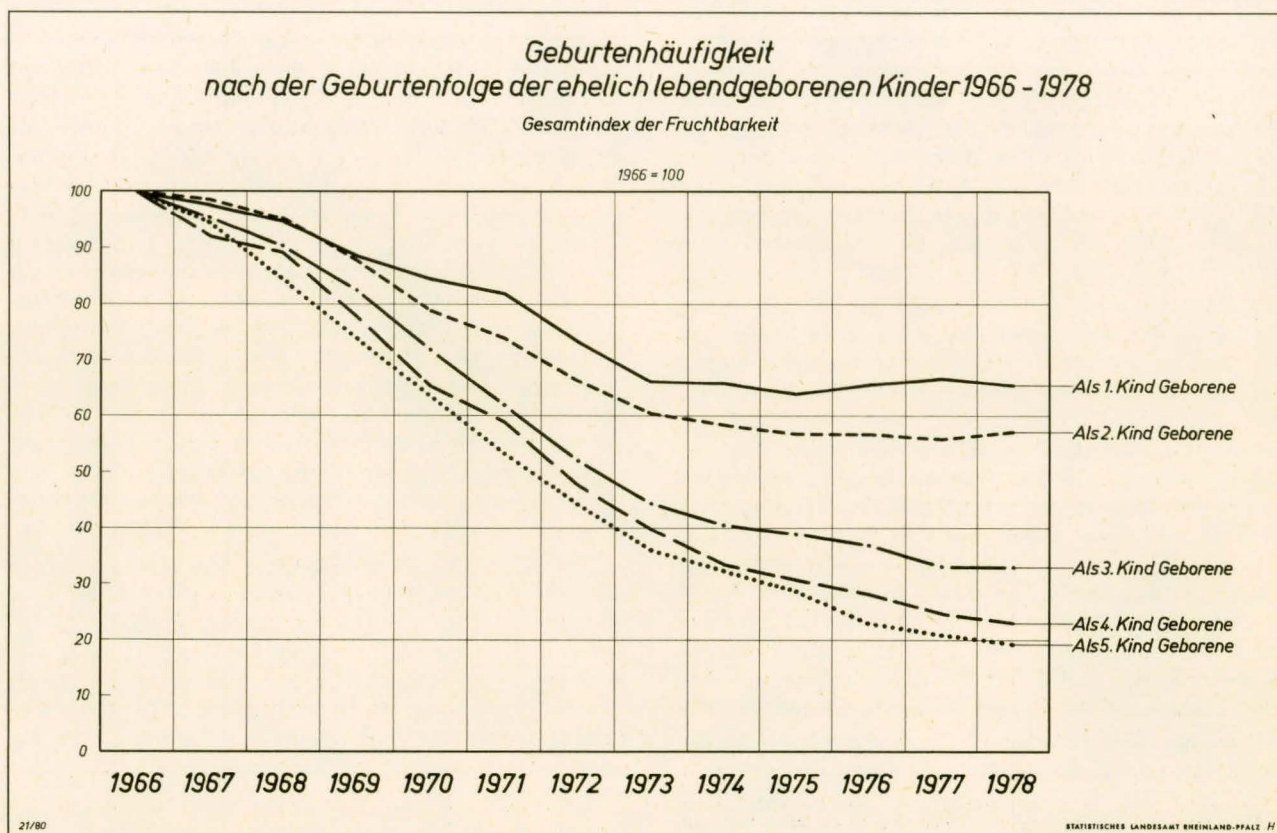
Mit den Wohnbevölkerungszahlen zum 31. Dezember 1978 stehen auf Kreisebene vergleichbare Fruchtbarkeitsziffern 15- bis 49jähriger Frauen nach Deutschen und Nichtdeutschen nunmehr für fünf Jahre zur Verfügung. Dies erscheint ausreichend, um für das Verhältnis der kreispezifischen Fruchtbarkeitsziffern zu den entsprechenden Landesdurchschnittswerten Zeitreihen aufzustellen, aus denen auf eine künftig zu erwartende Anpassung oder Auseinanderentwicklung von Kreis- und Landesdurchschnittswerten geschlossen werden kann. Um hinreichend große Beobachtungsmassen und damit stabile Meßwerte zu erhalten, werden die Fruchtbarkeitsziffern der Frauen insgesamt sowie der deutschen Frauen lediglich nach Altersgruppen untergliedert. Da die Abgrenzung möglichst homogener Altersgruppen aufgrund der Verschiebung des durchschnittlichen Gebäralters und der Geburtenabstände nur temporär gültig sein kann, muß hier eine schematische Zusammenfassung von jeweils fünf Altersjahren ausreichen. Die daraus abgeleiteten kreispezifischen Meßziffern werden anschließend extrapoliert mit der Maßgabe, daß die gewonnenen altersgruppenspezifischen

Werte auch für die jeweils zugehörigen Altersjahrgänge gelten. Durch Multiplikation dieser kreispezifischen Verhältniswerte mit den jeweils zugehörigen Landestrendwerten erhält man die alters- und kreispezifischen Fruchtbarkeitsziffern für den Prognosezeitraum. Mit diesem Verfahren wird auch dem Sachverhalt Rechnung getragen, daß die Geburtenwahrscheinlichkeit bestimmter Altersgruppen in Universitätsstädten deutlich unter dem Durchschnitt liegt.

Zur besseren Übersichtlichkeit werden altersspezifische Geburtenziffern nur auf Landesebene ausgegeben, die jedoch aus Kreiswerten ermittelt und deshalb als gewogene Durchschnittswerte zu verstehen sind. Auf eine Unterscheidung der Geburtenhäufigkeiten nach Deutschen und Ausländern, die aus rechentechnischen Gründen vorgenommen wurde, wird bei der Ergebnisdarstellung verzichtet, weil eine methodisch einwandfreie Trennung nach Altersjahren und Verwaltungsbezirken zu problematisch erscheint. Die Treffsicherheit der vorgelegten Werte hängt vor allem davon ab, daß sich die Annahmen über die Entwicklung der Heiratshäufigkeit im wesentlichen bestätigen und eine annähernd ausgeglichene Wanderungsbilanz von Ausländern unterstellt werden kann.

Rückgang der Geburtenhäufigkeit endet 1982

Der Verlauf des Gesamtindex der Fruchtbarkeit (Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern) zeigt, welche Auswirkungen auf die allgemeine Fruchtbarkeit sich aus obigen Schlußfolgerungen ergeben. Aller Voraussicht nach nimmt die gesamte Geburtenhäufigkeit gegenüber dem Ausgangsjahr 1978 weiterhin bis 1982 um rund 4% ab und steigt anschließend wieder langsam an. Das Ausgangsniveau wird aller-



Voraussichtliche Entwicklung der Geburtenhäufigkeit in den Verwaltungsbezirken 1978 – 1993

Verwaltungsbezirk	Gesamtindex der Fruchtbarkeit					Meßzahlen: 1978 = 100			
	1978	1980	1985	1990	1993	1980	1985	1990	1993
Kreisfreie Stadt Koblenz	1 233,5	1 172,1	1 140,4	1 133,0	1 130,3	95,0	92,5	91,9	91,6
Landkreise									
Ahrweiler	1 527,9	1 452,0	1 441,0	1 447,0	1 449,4	95,0	94,3	94,7	94,9
Altenkirchen (Ww.)	1 580,6	1 597,6	1 598,5	1 615,7	1 623,4	101,1	101,1	102,2	102,7
Bad Kreuznach	1 500,3	1 510,4	1 528,1	1 556,6	1 569,9	100,7	101,9	103,8	104,6
Birkenfeld	1 433,3	1 376,8	1 346,4	1 343,3	1 340,5	96,1	93,9	93,7	93,5
Cochem-Zell	1 721,9	1 642,7	1 581,7	1 558,4	1 547,7	95,4	91,9	90,5	89,9
Mayen-Koblenz	1 403,3	1 371,9	1 330,4	1 317,3	1 311,3	97,8	94,8	93,9	93,4
Neuwied	1 384,6	1 327,0	1 293,0	1 284,2	1 280,3	95,8	93,4	92,7	92,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 479,2	1 404,7	1 332,5	1 300,1	1 284,2	95,0	90,1	87,9	86,8
Rhein-Lahn-Kreis	1 521,9	1 443,5	1 445,0	1 461,0	1 468,3	94,8	94,9	96,0	96,5
Westerwaldkreis	1 541,5	1 535,2	1 502,2	1 495,9	1 492,5	99,6	97,5	97,0	96,8
RB Koblenz	1 463,1	1 424,9	1 404,8	1 407,9	1 408,3	97,4	96,0	96,2	96,3
Kreisfreie Stadt Trier	1 222,8	1 177,1	1 120,6	1 097,8	1 087,4	96,3	91,6	89,8	88,9
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	1 650,2	1 633,9	1 564,7	1 535,3	1 521,7	99,0	94,8	93,0	92,2
Bitburg-Prüm	1 806,9	1 856,2	1 847,8	1 861,1	1 867,5	102,7	102,3	103,0	103,4
Daun	1 990,3	1 895,4	1 838,7	1 819,7	1 810,9	95,2	92,4	91,4	91,0
Trier-Saarburg	1 527,2	1 460,9	1 402,2	1 378,1	1 366,9	95,7	91,8	90,2	89,5
RB Trier	1 562,7	1 525,2	1 486,6	1 492,1	1 490,0	97,6	95,1	95,5	95,3
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	1 402,9	1 399,2	1 392,5	1 402,4	1 407,3	99,7	99,3	100,0	100,3
Kaiserslautern	1 301,6	1 278,6	1 273,3	1 287,0	1 293,4	98,2	97,8	98,9	99,4
Landau i.d.Pfalz	1 187,7	1 153,7	1 120,6	1 110,2	1 104,7	97,1	94,4	93,5	93,0
Ludwigshafen a.Rhein	1 283,8	1 278,5	1 274,6	1 285,3	1 291,0	99,6	99,3	100,1	100,6
Mainz	1 049,3	1 038,3	1 016,5	1 015,2	1 015,0	99,0	96,9	96,8	96,7
Neustadt a.d.Weinstr.	1 389,0	1 427,8	1 435,0	1 454,5	1 462,9	102,8	103,3	104,7	105,3
Pirmasens	1 426,6	1 354,8	1 365,2	1 390,9	1 403,0	95,0	95,7	97,5	98,3
Speyer	1 325,1	1 296,7	1 303,9	1 321,7	1 329,4	97,9	98,4	99,7	100,3
Worms	1 425,2	1 380,0	1 352,8	1 352,2	1 352,1	96,8	94,9	94,9	94,9
Zweibrücken	1 478,4	1 480,0	1 537,1	1 590,7	1 616,4	100,1	104,0	107,6	109,3
Landkreise									
Alzey-Worms	1 519,1	1 532,3	1 543,0	1 564,6	1 575,1	100,9	101,6	103,0	103,7
Bad Dürkheim	1 426,8	1 441,8	1 457,2	1 481,1	1 492,3	101,1	102,1	103,8	104,6
Donnersbergkreis	1 407,5	1 364,9	1 304,2	1 278,9	1 267,1	97,0	92,7	90,9	90,0
Germersheim	1 374,1	1 275,4	1 197,9	1 163,2	1 146,7	92,8	87,2	84,7	83,5
Kaiserslautern	1 447,1	1 334,1	1 295,5	1 284,1	1 279,0	92,2	89,5	88,7	88,4
Kusel	1 564,9	1 484,0	1 494,3	1 516,7	1 527,2	94,8	95,5	96,9	97,6
Südliche Weinstraße	1 466,3	1 427,5	1 389,0	1 378,0	1 372,5	97,4	94,7	94,0	93,6
Ludwigshafen	1 463,1	1 421,1	1 442,5	1 470,2	1 482,6	97,1	98,6	100,5	101,3
Mainz-Bingen	1 431,7	1 432,4	1 416,6	1 420,8	1 422,2	100,0	98,9	99,2	99,3
Pirmasens	1 529,2	1 481,1	1 468,4	1 475,1	1 478,0	96,9	96,0	96,5	96,7
RB Rheinhessen-Pfalz	1 357,1	1 328,4	1 328,3	1 338,5	1 339,9	97,9	97,9	98,6	98,7
Rheinland-Pfalz	1 419,5	1 386,2	1 376,5	1 386,1	1 387,2	97,7	97,0	97,6	97,7

dings im gesamten Prognoseabschnitt nicht wieder erreicht werden. Im 15. Prognosejahr liegt die Gesamfruchtbarkeit wahrscheinlich noch um 2% darunter.

Der demographische Effekt, der aus der hier angenommenen Zunahme jüngerer Ehen in den kommenden Jahren resultiert, ist nach den vorliegenden Berechnungen nicht groß genug, um die verhältnismäßig schwache Abnahme aufgrund des allmählich stabilisierten generativen Verhaltens zu kompensieren. Wie schon in den vergangenen drei Jahren stellen auch in Zukunft die 26jährigen den jeweils fruchtbarsten Frauenjahrgang dar, obgleich die schwerpunktmäßige Verschiebung der Geburtenhäufigkeit in Richtung höherer Altersjahrgänge bis zum Ende des Prognosezeitraums anhält. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Wahrscheinlichkeit für eine Erst- und Zweitgeburt praktisch unverändert bleibt, ihre Realisierung durch verlängerte Ausbildung und anschließende Erwerbstätigkeit der Frauen jedoch weiter hinausgeschoben wird. Bei nahezu gleichbleibender Fruchtbarkeit der 22- bis 25jährigen Frauen sinkt folglich die Fruchtbarkeit jüngerer Frauen zwischen 17 und 21 Jahren, während die Fruchtbarkeit der 26- bis 30jährigen Frauen noch etwas ansteigt. Wie zu erwarten, führt dagegen der Rückgang der Dritt- und Mehr-Kinder-Geburten bei Frauen zwischen 32 und 42 Jahren zu einer weiteren Abnahme der Geburtenziffern.

Keine einheitliche Tendenz in den Teilräumen

Die Ergebnisse der regionalen Vorausschätzung der Geburtenhäufigkeit passen nicht zu der Vorstellung einer allgemeinen Nivellierung der Fruchtbarkeit. Die angegebenen Werte dokumentieren nur zum Teil das eigentliche Geburtenverhalten der hier sesshaften Bevölkerung. Je niedriger die Bevölkerungszahl der betrachteten Raumeinheiten nämlich ist, um so stärker

wirken sich Veränderungen bestimmter Bevölkerungsgruppen aus. Die regionalen Ergebnisse werden deshalb erst verständlich, wenn unter diesen Gesichtspunkten auf strukturelle Besonderheiten der einzelnen Verwaltungsbezirke eingegangen wird. So ist es nicht verwunderlich, wenn im Zuge des Ausbaus der Fachhochschulen und Hochschulen die Geburtenhäufigkeit in den kreisfreien Städten Koblenz und Trier stärker abfällt als in der kreisfreien Stadt Mainz, deren voll ausgebaute Universität keine wesentliche Kapazitätserweiterung erwarten läßt. Entsprechende Tendenzen sind für die Universitätsstadt Kaiserslautern teilweise deswegen nicht zu erkennen, weil hier der Anteil der Studierenden an der Bevölkerung im Vergleich zu Trier vermutlich niedriger bleiben dürfte.

Größtenteils demographisch bedingt ist es auch, wenn die Geburtenhäufigkeit in Landkreisen, die in unmittelbarer Nachbarschaft von kreisfreien Städten liegen und von der Stadtfucht jüngerer Ehepaare profitieren, nur unbedeutend sinkt oder in manchen Fällen gar steigt. Dies gilt etwa für die Landkreise Bad Dürkheim, Ludwigshafen und Mainz-Bingen, die eine hohe Auspendlerquote in die Großstädte Ludwigshafen bzw. Mainz besitzen.

Die von den Wirtschaftszentren am Rhein am weitesten abgelegenen Landkreise des Regierungsbezirks Trier verzeichnen mit Ausnahme des Kreises Bitburg-Prüm wahrscheinlich einen überdurchschnittlichen Rückgang der allgemeinen Fruchtbarkeit, was teilweise mit dem relativ starken Wandel der Wirtschaftsstruktur zusammenhängen dürfte. Alles in allem kann festgestellt werden, daß von einer Einebnung regionaler Unterschiede der Geburtenhäufigkeit weder innerhalb der Beobachtungsperiode noch in den nächsten 15 Jahren gesprochen werden kann.

Diplom-Volkswirt H. Mayer

Regionale Bevölkerungsprognose

Revidiertes Programm

Nachdem im Oktober- und Dezemberheft 1979 der Statistischen Monatshefte das Programm der regionalen Schülerprognose vorgestellt wurde - der gesamte Gang der Berechnungen ist in einer Projektvorlage niedergelegt, die beim Statistischen Landesamt angefordert werden kann -, soll in dem vorliegenden Beitrag ein Überblick über das Programm der regionalen Bevölkerungsprognose gegeben werden, die für die regionale Schülerprognose eine Reihe von wichtigen Ausgangsdaten liefert. Die der Modellkonstruktion zugrundeliegende Gesamtkonzeption ist hier wie dort die gleiche¹⁾. Über das Grundschema der regionalen Bevölkerungsprognose wurde bereits vor vier Jahren in den Statistischen Monatsheften berichtet²⁾. Inzwischen ist jedoch das Programm in wesentlichen Teilen revidiert worden, so daß es zu einem besseren Ver-

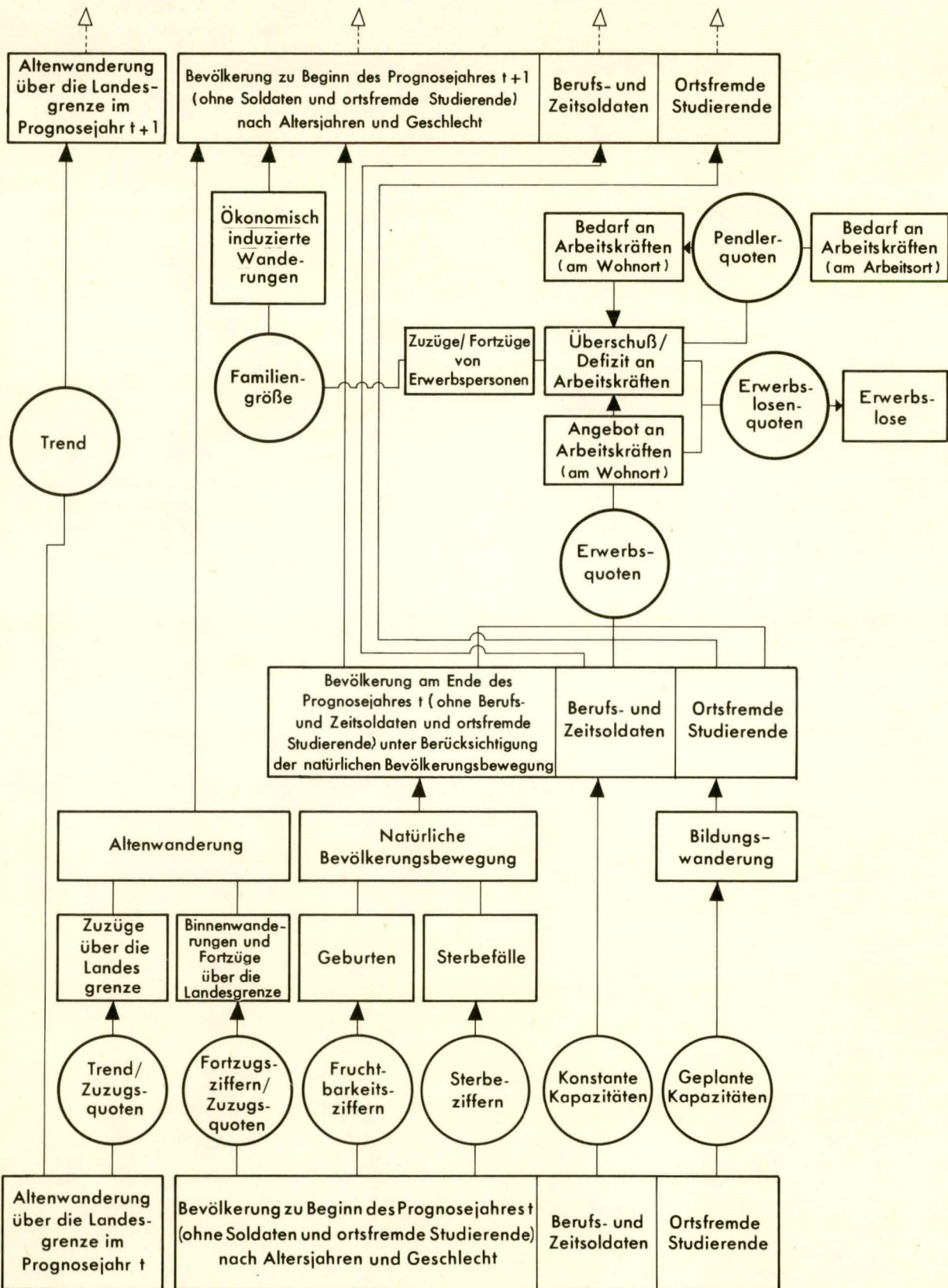
ständnis der Prognoseergebnisse zweckmäßig erscheint, die Berechnungsmethoden und die ihnen zugrundeliegenden Überlegungen etwas ausführlicher darzustellen. Alle diejenigen, die an weiteren Einzelheiten interessiert sind, seien auf eine besondere Dokumentation hingewiesen, die zur Zeit vorbereitet wird und in der der gesamte Gang der Berechnungen dargelegt ist.

Die Entwicklung der Bevölkerung wird bestimmt durch die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsbewegung, wobei die Veränderungen aus diesen beiden Komponenten durch den Saldo aus Geburten und Sterbefällen und den Saldo aus Zu- und Fortzügen aufgezeigt werden. Eine Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern ist nur im Rahmen der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung möglich, während das Wanderungsmodell eine entsprechende Aufteilung nicht erlaubt. Es ist jedoch beabsichtigt, das für die Prognose der Wande-

¹⁾ Vgl. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrgang 32, Heft 10, Oktober 1979, S. 240 ff.

²⁾ Vgl. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrgang 29, Heft 3, März 1976, S. 70.

Ablaufschema für die regionalisierte Prognose der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen



rungsbewegung konzipierte „Kompositmodell“ durch ein „vereinfachtes Wanderungsmodell“ zu ergänzen, das Ansatzmöglichkeiten für eine Gliederung der Wohnbevölkerung nach Deutschen und Ausländern bietet. Nach Fertigstellung dieses Zusatzprogramms können auch Prognoseergebnisse getrennt für Deutsche und Ausländer vorgelegt werden.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Die Vorausschätzung der Geburten erfolgt mit Hilfe von altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für die 15- bis 49jährigen Frauen. Die Fruchtbarkeitsziffern, die die Zahl der Lebendgeborenen je 1000 Frauen eines Altersjahrgangs angeben, werden im Wege der Trendextrapolation ermittelt, wobei als Basiswerte die Ergebnisse der letzten zehn Jahre dienen und mit einer Stabilisierung der Entwicklung nach etwa fünf Prognosejahren gerechnet wird. Das Material reicht nicht aus, um eigene Trends für die Kreise zu errechnen, so daß hier wiederum auf Grund der Ergebnisse der letzten zehn Jahre Trends für die Entwicklung der Abweichungen der Kreiswerte von den Landesdurchschnittswerten berechnet werden. Die Fruchtbarkeitsziffern für die Kreise erhält man, indem man mit diesen in Form von Maßzahlen ausgedrückten Abweichungen die landesdurchschnittlichen Trendwerte multipliziert.

Für die Vorausschätzung der Sterbefälle werden wegen der geringen regionalen Unterschiede landesdurchschnittliche Sterbeziffern verwandt, die die Zahl der Sterbefälle je 1 000 Männer bzw. je 1 000 Frauen eines Altersjahrgangs angeben und in besonderen Sterbetafeln berechnet werden. Die Sterbeziffern werden über den gesamten Prognosezeitraum konstant gehalten, da die Sterbewahrscheinlichkeiten sehr geringe Veränderungen aufweisen. Nur für die gesondert zu berechnende Säuglingsterblichkeit, die noch eine deutlich abnehmende Tendenz zeigt, wurde eine Trendextrapolation vorgenommen, auch hier aber unter Verzicht auf eine regionale Differenzierung.

Die Wahl des Wanderungsmodells, das zwischen den ökonomisch induzierten Wanderungen und den Altenwanderungen unterscheidet und bei dem die ökonomisch induzierten Wanderungen aus der Differenz zwischen dem Arbeitskräfteangebot und dem Arbeitskräftebedarf abgeleitet werden, macht es notwendig, aus dem Berechnungsschema für die natürliche Bevölkerungsbewegung zwei Bevölkerungsgruppen herauszunehmen: Es handelt sich dabei um die Berufs- und Zeitsoldaten und die ortsfremden Studenten, die nur für eine begrenzte Zeit in den Garnisonsstädten bzw. Studienorten bleiben, dann abwandern und durch einen altersmäßig etwa gleichen Personenkreis ersetzt werden. In den Garnisonsstädten und Studienorten sind daher bestimmte Altersgruppen weit überdurchschnittlich vertreten. Nach dem Prognosemodell für die natürliche Bevölkerungsbewegung würden diese beiden Bevölkerungsgruppen daher mit dem weiteren Fortgang der Berechnungen in die höheren Altersklassen vorrücken, in den Altersklassen, denen sie angehören, aber fehlen. Sie müssen daher von den in die Berechnung der natürlichen Bevölkerungsbewegung eingehenden Ausgangswerten abgesetzt und nach dem Abschluß der Berechnungen den Ergebnissen wieder zugeschlagen werden. Während für die Zahl

der Berufs- und Zeitsoldaten die Angaben aus der letzten Volkszählung über den ganzen Prognosezeitraum hinweg unverändert übernommen werden, da von den Militärbehörden keine Auskünfte über die geplanten Veränderungen erteilt werden, wird die Zahl der ortsfremden Studenten für alle Prognosejahre neu berechnet; maßgebend hierfür sind der Ausbau der Hochschulen und ihre Inanspruchnahme, die von der zahlenmäßigen Besetzung der in die Studentenjahre fallenden Jahrgänge und dem voraussichtlichen Anteil der Studenten an diesen Altersjahrgängen abhängt.

Wanderungsmodell

Das Wanderungsmodell legt das Schwergewicht auf die ökonomisch induzierten Wanderungen, die durch die Wanderungen älterer Menschen ergänzt werden. Als Hauptursache für die Zu- und Abwanderungen von Personen im erwerbsfähigen Alter und ihrer Angehörigen gilt die ungleichgewichtige Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte. Übersteigt das Angebot an Arbeitskräften den Bedarf, so wandert ein Teil der Arbeitsuchenden mit ihren Angehörigen ab, ein anderer Teil bleibt arbeitslos. Ist im umgekehrten Fall der Bedarf größer als das Angebot, so wandert eine entsprechende Anzahl von Erwerbstätigen mit ihren Angehörigen zu. Die unterschiedliche Annahme, daß ein Defizit an Arbeitskräften voll durch Zuwanderer gedeckt werden kann, während es nur einem Teil des Überschusses gelingt, in einem anderen Raum Arbeit zu finden, ist dadurch bedingt, daß über den ganzen Prognosezeitraum hinweg insgesamt gesehen mit einem Überhang an Arbeitskräften zu rechnen ist.

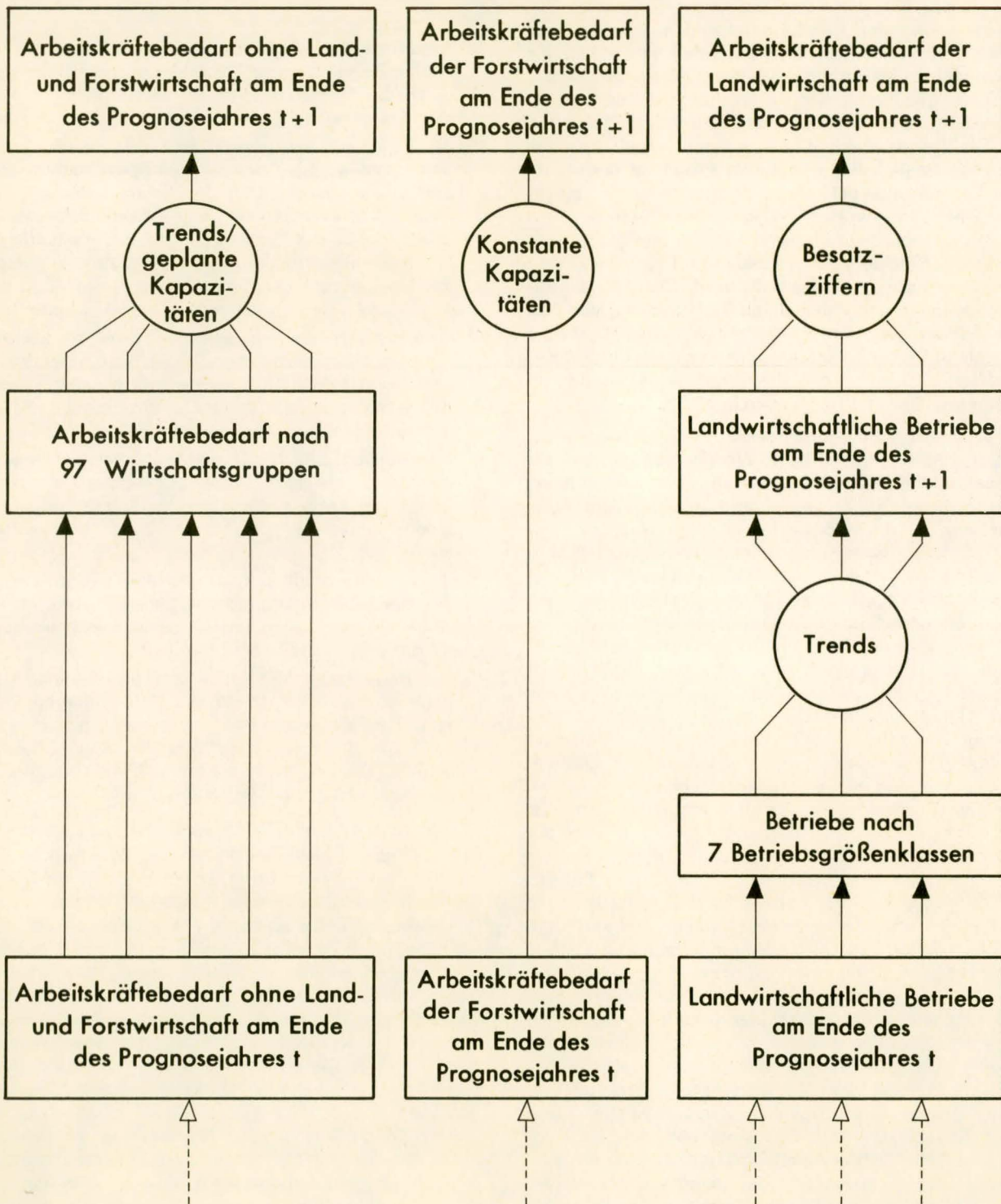
Der Gang der Berechnungen erfolgt nach dem folgenden Schema:

Arbeitskräftebedarf am Arbeitsort (Erwerbstätige)
± Saldo der Pendelwanderungen von Erwerbstätigen über die Kreisgrenzen
Arbeitskräftebedarf am Wohnort (Erwerbstätige)
— Erwerbspersonen am Wohnort
Defizit (+) bzw. Überschuß (—) an Arbeitskräften am Wohnort
+ Erwerbslose
Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (—) von Erwerbstätigen
+ Familienangehörige der zu-/abwandernden Erwerbstätigen
Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (—) von Erwerbstätigen und deren Familienangehörigen
+ Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (—) von älteren Menschen
Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (—) insgesamt

Arbeitskräftebedarf am Arbeitsort

Das für die Prognose des Arbeitskräftebedarfs am Arbeitsort gewählte Modell wird ganz wesentlich durch die verfügbaren Materialquellen bestimmt, die für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft einen anderen Ansatzpunkt verlangen als für den nichtlandwirtschaftlichen Bereich. Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich werden zunächst auf Landesebene Trendextrapolationen für 97 Wirtschaftsgruppen durchgeführt. Die dadurch aufgezeigte Entwicklung wird

Ablaufschema für die regionalisierte Prognose des Arbeitskräftebedarfs am Arbeitsort



jedoch nicht ohne weiteres auf die Kreise übertragen. Vielmehr werden die Wachstumsraten überall dort, wo eine erheblich vom Landestrend abweichende Entwicklung zu erwarten ist, mit branchenspezifischen Regionalfaktoren multipliziert, die das Verhältnis zwischen dem Wachstum eines Teilraums und dem Wachstum im gesamten Land für die einzelnen Wirtschaftsbereiche kennzeichnen. Die Trendextrapolationen stützen sich auf Zeitreihen, die durch Fortschreibung der Beschäftigtenzahlen aus den Arbeitsstättenzählungen gewonnen wurden. Sie beginnen mit dem Jahre 1961; die Fortschreibung erfolgt unter Zugrundelegung der Beschäftigtenzahlen oder anderer geeigneter Werte aus den laufenden Statistiken für die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Die branchenmäßige Tiefengliederung der Zahlen hängt daher wesentlich von dem Programm dieser laufenden Statistiken ab. Die Trendextrapolationen können jedoch nicht die alleinige Basis einer regionalen Prognose bilden, da die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in einem Kreis nicht nur von der allgemeinen Branchenkonjunktur bestimmt wird, sondern in starkem Maße auch durch die Errichtung, den Ausbau und die Schließung von Großbetrieben beeinflusst wird. Die Trendextrapolationen werden daher durch die Ermittlung von Planungsdaten bei allen Unternehmen ergänzt, die in Rheinland-Pfalz Niederlassungen mit mehr als 500 Beschäftigten unterhalten; die Erhebungen werden in einem zweijährigen Turnus durchgeführt.

Für die Beschäftigtenentwicklung in der Landwirtschaft sind in erster Linie Wandlungen in der Betriebsstruktur maßgebend, wie sie in den sehr unterschiedlichen Veränderungen der Betriebszahlen in den einzelnen Betriebsgrößenklassen zum Ausdruck kommen. Die Prognose setzt daher im Bereich der Landwirtschaft bei einer Trendextrapolation der Betriebszahlen für die einzelnen Betriebsgrößenklassen an. Die Trendberechnungen werden getrennt für die einzelnen Kreise durchgeführt. Kriterium für die Abgrenzung der Betriebsgrößenklassen ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche. Als Ausgangsdaten stehen nach Betriebsgrößenklassen gegliederte Betriebszahlen für alle Jahre ab 1971 aus den Bodennutzungserhebungen zur Verfügung. Bei bestimmten Größenklassen werden für die Trendextrapolationen außerdem die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960 mit herangezogen. Die Betriebszahlen werden mit der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Betrieb in den einzelnen Größenklassen multipliziert. Diese „Besatzziffern“, die die im Betrieb vollbeschäftigten und überwiegend mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigten Familienarbeitskräfte sowie die ständig im Betrieb beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte umfassen, werden über den gesamten Prognosezeitraum konstant gehalten, auf Grund der jeweils neuesten Ergebnisse aus der Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft aber laufend überprüft. Die für den Bereich der Landwirtschaft geschätzten Beschäftigtenzahlen werden um die aus der letzten Landwirtschaftszählung zur Verfügung stehende Zahl der Beschäftigten in der Forstwirtschaft erhöht, ein Verfahren, das in Anbetracht der langfristig stagnierenden Entwicklung der Beschäftigung in der Forstwirtschaft und der geringen Ausgangsmasse vertretbar erscheint.

Angebot an Arbeitskräften am Wohnort

Das Angebot an Arbeitskräften am Wohnort ergibt sich aus der Größe und Altersstruktur der Wohnbevölkerung und dem Umfang der Erwerbsbeteiligung. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung wird durch geschlechts- und altersspezifische Erwerbsquoten ausgedrückt, die trotz aller regionalen Unterschiede jeweils als typisch für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse eines Landes gelten können. Für die Veränderungen, denen sie unterliegen, sind primär die folgenden Faktoren maßgebend:

- (1) der Anteil der Jugendlichen, die eine bessere und in der Regel längere Ausbildung anstreben, wodurch die Aufnahme einer Berufstätigkeit entsprechend hinausgeschoben wird;
- (2) die Regelung der gesetzlichen Altersversorgung, wobei neben dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben auch der Rahmen der gesetzlichen Altersversorgung eine wesentliche Rolle spielt (durch die Einbeziehung der Selbständigen in die gesetzliche Altersversorgung sinkt zum Beispiel der Anteil der Selbständigen, die über die allgemeine Altersgrenze hinaus weiter arbeiten);
- (3) die gesellschaftliche Stellung der Frau, die weitgehend auch ihre beruflichen Möglichkeiten bestimmt, nicht zuletzt deshalb, weil sie sich in entsprechenden wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Maßnahmen des Staates widerspiegelt;
- (4) die Familien- und Haushaltsstruktur, von der es in nicht unerheblichem Maße abhängt, ob die verheirateten Frauen eine Berufstätigkeit nach der Geburt eines oder mehrerer Kinder beibehalten können;
- (5) die Geburtenhäufigkeit, da die Möglichkeit, weiterhin einer Berufstätigkeit nachzugehen, ceteris paribus für die Frauen um so geringer ist, je mehr Kinder durch sie zu versorgen sind;
- (6) die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe in einer Volkswirtschaft, da die Selbständigen vielfach über die allgemeine Altersgrenze hinaus tätig sind und die Frauen der Betriebsinhaber in sehr großem Umfang als mithelfende Familienangehörige oder Teilhaber im Betrieb mitarbeiten.

Zur Berechnung des Arbeitskräfteangebots am Wohnort ist die nach Geschlecht und Altersjahren gegliederte Wohnbevölkerung, so wie sie sich auf Grund der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen am Ende eines Jahres ergibt, mit den Erwerbsquoten zu multiplizieren. Die Prognose der Erwerbsquoten erfolgt im Wege von Trendextrapolationen, wofür entsprechende Annahmen über die Entwicklung der Höhe der Erwerbsquoten bestimmenden Rahmenbedingungen getroffen werden müssen. Die Trendberechnungen stützen sich auf Zeitreihen, die mit Ergebnissen aus der Volkszählung 1961 beginnen und durch Angaben aus dem Mikrozensus jährlich fortgeführt werden können. Da die Berechnung von Trends für die einzelnen Kreise nicht in Betracht kommen kann - Regionaldaten liegen nur aus den Volkszählungen vor -, wird unterstellt, daß die bei der letzten Volkszählung 1970 festgestellten Differenzen zwischen den regionalen und landesdurch-

schnittlichen Erwerbsquoten sich auf Grund der ständig steigenden Mobilität der Bevölkerung langsam verringern werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß überall dort, wo der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften auf Grund von Strukturänderungen sehr stark sinkt oder steigt, mit einer entsprechenden Abnahme oder Zunahme der Erwerbsquoten für die von dem Produktionsrückgang oder -wachstum in erster Linie betroffenen Frauen zu rechnen ist.

Pendelwanderungen

Um den Arbeitskräftebedarf dem Arbeitskräfteangebot gegenüberstellen zu können, muß eine einheitliche Vergleichsbasis gefunden werden. Dazu wird der nach Arbeitsorten ermittelte Arbeitskräftebedarf auf die voraussichtlichen Wohnorte der Arbeitskräfte umgerechnet. Dies geschieht mit Hilfe von Pendlerquoten, über die allerdings nur aus den Volkszählungen Angaben zur Verfügung stehen. Multipliziert man den für einen Kreis vorausgeschätzten Arbeitskräftebedarf am Arbeitsort mit den nach der Herkunft der Einpendler differenzierten Einpendlerquoten, so erhält man die vom Arbeitskräftebedarf am Arbeitsort abzuziehenden Einpendler, die den anderen Kreisen als Auspendler zuzuschlagen sind, soweit es sich nicht um Einpendler aus anderen Bundesländern und dem Ausland handelt. Außerdem sind von dem Arbeitskräfteangebot am Wohnort die Auspendler in die anderen Bundesländer und das Ausland abzusetzen, deren Berechnung ebenfalls mit Hilfe der bei der letzten Volkszählung ermittelten Auspendlerquoten erfolgen kann.

Dieses Berechnungsschema unterstellt, daß sich die Pendlerströme dem Arbeitskräftebedarf an den Arbeitsorten entsprechend verändern. Dies ist insofern keine realistische Annahme, als sie die Wanderungen zwischen den Städten und dem Umland und die daraus resultierenden Veränderungen der Pendlerströme außer acht läßt. Allerdings ist es wegen der Vielzahl und der Interdependenz der hier zu berücksichtigenden Faktoren sehr schwer, eine tragfähige Basis für eine Prognose der Pendlerquoten zu finden. Um zumindestens schätzungsweise die Veränderungen zu ermitteln, die die Pendlerquoten von der letzten Volkszählung bis zum Basisjahr des Prognosezeitraums erfahren haben, wird folgende Vergleichsrechnung vorgenommen:

- (1) Veränderung der Zahl der Arbeitskräfte am Arbeitsort von 1970 bis zum Basisjahr
— Einpendler (bei Zugrundelegung der Einpendlerquoten von 1970)

Zunahme/Abnahme des Arbeitskräftebedarfs am Arbeitsort, der aus dem Arbeitskräfteangebot am Wohnort zu decken ist

- (2) Veränderung der Zahl der Arbeitskräfte am Wohnort von 1970 bis zum Basisjahr
— Auspendler (bei Zugrundelegung der Auspendlerquoten von 1970)

Zunahme/Abnahme des Arbeitskräfteangebots am Wohnort, das für eine Beschäftigung am Wohnort zur Verfügung steht

Ist die Anzahl gemäß (1) größer als die Anzahl gemäß (2), so läßt dies erkennen, daß der Pendlersaldo

(Einpendler minus Auspendler) um diese Differenz zugenommen hat; im umgekehrten Falle ist auf einen entsprechenden Rückgang des Pendlersaldos zu schließen. Bevor jedoch anhand dieser Ergebnisse eine Korrektur der Pendlerquoten vorgenommen werden kann, sind ausgehend von den Kreisen mit einem Einpendlerüberschuß die Zunahmen oder Abnahmen der Pendlersalden so auf die Herkunftskreise zu verteilen, daß ein Ausgleich mit den für die Herkunftskreise errechneten Veränderungen der Pendlersalden erreicht wird. Zusätzlich zu korrigieren sind dann noch die Pendlerquoten für die Grenzkreise, die im Einzugsbereich von Bevölkerungs- und Wirtschaftszentren jenseits der Landesgrenzen liegen und daher einen Auspendlerüberschuß aufweisen.

Arbeitsmarktbilanz

Zieht man von dem errechneten Arbeitskräftebedarf am Wohnort das Arbeitskräfteangebot am Wohnort ab, so gibt eine positive Differenz ein Defizit an Arbeitskräften und eine negative einen Überschuß an Arbeitskräften an. Die Rechnung wird in dieser Form vorgenommen, weil ein Defizit eine Zuwanderung von Arbeitskräften zur Folge hat, um die die sich aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung ergebende Wohnbevölkerung zu erhöhen ist, und ein Überschuß - zumindest zum Teil - zu einer Abwanderung und damit zu einer Verminderung der Wohnbevölkerung führt. Sofern einem Raum, der einen regionalen Arbeitsmarkt bildet, Kreise mit einem Arbeitskräftedefizit und einem Arbeitskräfteüberschuß angehören, wird unterstellt, daß dieses Ungleichgewicht in dem durch die bisherigen Pendlerströme gesetzten Rahmen durch eine entsprechende Zunahme der Pendelwanderungen ganz oder zum Teil ausgeglichen wird.

Erwerbslosigkeit

Die durch die Gegenüberstellung von Bedarf und Angebot an Arbeitskräften für die einzelnen Kreise ermittelten Arbeitskräftedefizite und Arbeitskräfteüberschüsse haben nicht Zu- oder Abwanderungen von Arbeitskräften in dieser Größe zur Folge. Zu berücksichtigen ist vielmehr, daß ein gewisser Prozentsatz der Erwerbspersonen immer erwerbslos sein wird. Hierunter fallen Schul- und Hochschulabgänger, die noch keine Stellung gefunden haben, Personen, bei denen ein Arbeitsplatzwechsel nicht ohne eine zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit möglich ist, und Personen, deren berufliche Qualifikation nicht den vom Arbeitsmarkt gestellten Anforderungen entspricht. Auch in den Kreisen, für die sich in bestimmten Jahren ein Arbeitskräftedefizit ergibt, wird also eine gewisse Erwerbslosigkeit bestehen bleiben.

Für die Prognose der Erwerbslosenquoten kann davon ausgegangen werden, daß ein funktionaler Zusammenhang zwischen den Arbeitskräfteüberschußquoten und den Erwerbslosenquoten besteht. Die Arbeitskräfteüberschußquoten werden in der Weise ermittelt, daß der Arbeitskräfteüberschuß zum Arbeitskräfteangebot in Beziehung gesetzt wird. Da das Ausgangsmaterial für die Festlegung dieser Funktion zur Zeit noch recht dürftig ist und erst in den nächsten Jahren mit dem weiteren Fortgang der Berechnungen verbessert werden kann, muß hier zunächst auf eine regionale Differenzierung verzichtet werden. Auf

Grund der beträchtlichen Mobilität der Arbeitskräfte wird außerdem angenommen, daß die Erwerbslosenquoten in den Kreisen die landesdurchschnittliche Erwerbslosenquote nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz über- oder unterschreiten können.

Multipliziert man mit den geschätzten Erwerbslosenquoten die Zahl der Erwerbspersonen am Wohnort, so erhält man die Zahl der Erwerbslosen. Zur Ermittlung der Fortzüge und Zuzüge von Erwerbstätigen ist der Arbeitskräfteüberschuß um die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern, während das Arbeitskräftedefizit um die Zahl der Erwerbslosen erhöht werden muß.

Familienangehörige der zu- und abwandernden Erwerbstätigen

Die Zahl der zu- und abwandernden Erwerbstätigen ist um die Familienangehörigen, die mit diesen zusammen den Wohnsitz wechseln, zu erhöhen. Um zunächst Anhaltspunkte über die Struktur der zu- und fortziehenden Erwerbstätigen im Hinblick auf Alter und Geschlecht zu gewinnen, werden aus den Ergebnissen der Wanderungsstatistik für die letzten fünf Jahre Landesdurchschnittswerte über den Anteil der Männer und Frauen, differenziert nach Altersgruppen, an der Gesamtzahl der zu- und fortgezogenen Erwerbstätigen ermittelt. Diese Quoten bilden die Grundlage für die Aufteilung der prognostizierten zu- und abwandernden Erwerbstätigen nach Geschlecht und Altersgruppen.

Aus den Volkszählungen und zum Teil auch aus dem Mikrozensus lassen sich Angaben darüber entnehmen, wie hoch der Anteil der männlichen und weiblichen Familienvorstände an der Gesamtzahl der nach Altersklassen gegliederten männlichen und weiblichen Erwerbstätigen ist und wieviel Mitglieder die Familien zählen, denen sie jeweils vorstehen. Da die Familienstruktur jedoch ganz erheblichen Wandlungen unterliegt, können diese Anteilssätze nicht unmittelbar für die Prognose übernommen werden; sie bilden vielmehr nur die Ausgangswerte für eine entsprechende Trendextrapolation. Gliedert man mit Hilfe dieser Anteilssätze aus den in einem ersten Schritt nach Geschlecht und Altersklassen gruppierten zu- und abwandernden Erwerbstätigen die männlichen und weiblichen Familienvorstände aus, wobei gleichzeitig eine Aufteilung nach Familiengrößenklassen erfolgt, und multipliziert man die Zahl der männlichen und weiblichen Familienvorstände mit der Zahl der Familienangehörigen in den einzelnen Familiengrößenklassen, so erhält man die Gesamtzahl der zu- und abwandernden Erwerbstätigen einschließlich ihrer Familienangehörigen. Diejenigen Erwerbstätigen, die nicht Familienvorstände sind, werden bei diesem zweiten Schritt der Berechnung zunächst ausgeklammert, dann aber als Familienangehörige wieder dem Ergebnis zugeschlagen.

Bevor die Wohnbevölkerung der Kreise um die Zahl der für ein Prognosejahr berechneten Zuzüge und Fortzüge von Erwerbstätigen samt Familienangehörigen erhöht oder vermindert werden kann, müssen die Zu- und Abwanderer nach Altersjahren und Geschlecht aufgeteilt werden, denn die in diesem Berechnungsstadium vorliegenden Ergebnisse weisen lediglich für die Familienvorstände eine Gliederung nach Geschlecht und Altersgruppen auf. Die Basis für

diese Aufteilung liefern wiederum die Ergebnisse der Wanderungsstatistik über die zu- und fortgezogenen Erwerbstätigen in der Gliederung nach Altersjahren und Geschlecht; dabei werden aus den Angaben der letzten fünf Jahre landesdurchschnittliche Anteilssätze ermittelt.

Altenwanderungen

Die Berechnung der Altenwanderung erfolgt nach einem Verfahren, das für die Prognose der Wanderungsbewegung nach einem vereinfachten Wanderungsmodell entwickelt wurde. In einem ersten Schritt werden aus den Ergebnissen der Wanderungsstatistik der letzten fünf Jahre kreisspezifische Fortzugsziffern für die 65 und mehr Jahre alten Personen ermittelt, und zwar getrennt für Männer und Frauen. Die Fortzugsziffern geben das Verhältnis zwischen den fortgezogenen Personen und der inhaltlich entsprechend abgegrenzten Wohnbevölkerung am 31. Dezember des Vorjahres an. Mit den aus den Fortzugsziffern der letzten fünf Jahre gebildeten Durchschnittswerten werden dann die Ausgangsdaten über die 65 und mehr Jahre alten Personen am 31. Dezember des Vorjahres multipliziert. Die so ermittelten Fortzüge sind auf die einzelnen Zielgebiete (Kreise des Landes, Bundesländer und Ausland) aufzuteilen, und zwar mit Hilfe von durchschnittlichen Anteilssätzen, die aus den für die letzten fünf Jahre vorliegenden Ergebnissen der Wanderungsstatistik über die Fortzüge der 65 und mehr Jahre alten Personen in der Gliederung nach Zielgebieten berechnet werden.

Die beiden Berechnungsschritte decken die Prognose der Fortzüge und die Prognose der Zuzüge aus den anderen Kreisen des Landes (Binnenwanderungen) ab und müssen noch durch die Prognose der Zuzüge aus den anderen Bundesländern und dem Ausland ergänzt werden. Während für die Prognose der Fortzüge und der Zuzüge aus den anderen Kreisen des Landes Vergangenheitswerte übernommen werden können, die sich auf die Ergebnisse der jeweils letzten fünf Jahre stützen, weil die Zeitreihen über die Fortzugsziffern und Zuzugsquoten - soweit sie die Binnenwanderungen betreffen - eine überraschende Stabilität zeigen, ist für die Zuzüge aus anderen Bundesländern und dem Ausland auf Grund der sich hier abzeichnenden steigenden Tendenz eine Trendberechnung notwendig, wobei wegen der geringen Ausgangsmasse jedoch nur zwischen den Zuzügen von Männern und Frauen unterschieden werden kann. Die Aufteilung auf die einzelnen Zuzugsgebiete (Kreise) erfolgt unter Zugrundelegung von entsprechenden Anteilssätzen, wobei es sich wiederum um Durchschnittssätze handelt, die aus den Ergebnissen der Wanderungsstatistik für die letzten fünf Jahre abgeleitet werden.

Es verbleibt damit noch die Aufschlüsselung der bis zu diesem Stadium nur nach dem Geschlecht gegliederten Zuzüge und Fortzüge nach den einzelnen Altersjahren, für die auch hier auf der Wanderungsstatistik basierende Strukturquoten heranzuziehen sind.

Dr. K. Nold
Diplom-Volkswirt H. Libowitzky
Diplom-Volkswirt H. Mayer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 634	3 633	3 632	3 631	3 634	3 634
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 977	1 801	1 522	1 215	1 887	1 962 ^P	1 682 ^P	1 461 ^P	1 634 ^P	1 634 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	5,9	4,9	4,1	6,1	6,6 ^P	5,5 ^P	4,9 ^P	5,3 ^P	5,3 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 844	2 862	2 715	2 525	2 779	2 892 ^P	3 052 ^P	2 864 ^P	2 788 ^P	2 788 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,5	8,8	8,5	9,0	9,7 ^P	9,9 ^P	9,6 ^P	9,0 ^P	9,0 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 495	3 669	3 586	3 443	3 895	3 215 ^P	3 722 ^P	3 572 ^P	3 650 ^P	3 650 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	12,1	11,6	11,5	12,6	10,8 ^P	12,1 ^P	12,0 ^P	11,8 ^P	11,8 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	45	50	59	57	54	38 ^P	36 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	15,8	17,7	20,4	21,6	18,9	13,2 ^P	11,8 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	— 651	— 807	— 871	— 918	— 1 116	— 323 ^P	— 670 ^P	— 708 ^P	— 862 ^P	— 862 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	— 2,1	— 2,7	— 2,8	— 3,1	— 3,6	— 1,1 ^P	— 2,2 ^P	— 2,4 ^P	— 2,8 ^P	— 2,8 ^P
Wanderungen											
über die Landesgrenze											
* Zugezogene	Anzahl	7 480	7 491	9 839	7 376	6 080	9 329	11 263
Ausländer	Anzahl	1 830	1 869	2 361	1 899	1 255	2 974	3 315
Erwerbspersonen	Anzahl	3 930	3 916	4 895	3 796	3 205	4 869	5 587
* Fortgezogene	Anzahl	7 677	7 384	10 219	7 343	5 851	8 371	10 130
Ausländer	Anzahl	1 924	1 702	1 993	1 535	1 490	1 815	2 016
Erwerbspersonen	Anzahl	4 279	4 128	5 249	3 792	3 216	4 658	5 328
* Wanderungssaldo	Anzahl	— 197	107	— 380	33	229	958	1 133
Ausländer	Anzahl	— 94	167	368	364	— 235	1 159	1 299
Erwerbspersonen	Anzahl	— 349	— 212	— 354	4	— 11	211	259
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 535	10 445	12 832	10 740	9 654	11 513	13 156
Arbeitsmarkt											
* Arbeitslose	Anzahl	58 989	55 749	48 456	50 622	57 461	39 182	40 523	44 101	49 892	49 892
* Männer	Anzahl	30 182	27 299	20 733	22 419	28 667	16 287	17 137	19 586	24 413	24 413
Ausgewählte Berufsgruppen											
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 033	1 183	616	628	1 560	517	547	669	1 523	1 523
Bauberufe	Anzahl	3 335	2 636	1 452	1 882	2 764	963	1 186	1 666	2 386	2 386
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	20 748	19 818	16 039	17 206	21 017	12 983	13 534	15 287	18 214	18 214
Arbeitslosenquote	%	4,6	4,3	3,8	3,9	4,5	3,0	3,1	3,4	3,8	3,8
Offene Stellen	Anzahl	11 131	12 232	12 190	11 318	10 795	15 573	15 167	13 837	13 416	13 416
Männer	Anzahl	6 921	7 691	7 992	7 202	6 752	10 544	10 311	9 090	8 769	8 769
Ausgewählte Berufsgruppen											
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	449	463	454	357	350	629	564	419	374	374
Bauberufe	Anzahl	826	989	1 146	926	802	1 422	1 340	1 043	839	839
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 294	4 722	4 801	4 382	4 171	6 508	6 295	5 649	5 744	5 744
Kurzarbeiter	Anzahl	7 738	6 984	4 951	4 349	4 026	2 980	3 196	3 773	2 801	2 801
Männer	Anzahl	5 394	5 075	3 484	3 059	2 664	1 556	1 426	2 022	1 689	1 689
Landwirtschaft											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	672	682	.	.	682	.	.	.	676 ^P	676 ^P
* Milchkühe	1 000	237	238	.	.	238	.	.	.	231 ^P	231 ^P
* Schweine	1 000	699	729	.	.	729	.	.	.	699 ^P	699 ^P
Mastschweine	1 000	233	254	.	.	254	.	.	.	234 ^P	234 ^P
* Zuchtsauen	1 000	79	81	.	.	81	.	.	.	79 ^P	79 ^P
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	53	52	.	.	52	.	.	.	50 ^P	50 ^P
Schlachtungen von Inlandtieren											
* Rinder	Anzahl	15 055	15 357	18 001	17 475	16 646	14 586	18 404	17 515	16 640	16 640
* Kälber	Anzahl	605	486	463	424	526	337	365	302	440	440
* Schweine	Anzahl	96 209	105 305	116 977	114 742	118 954	98 997	115 731	111 320	116 701	116 701
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 026	14 164	13 092	23 005	24 560	7 467	10 863	20 552	21 046	21 046
Schlachtmengen 6)											
* Rinder	t	12 196	13 177	14 786	14 511	14 793	12 341	14 807	14 216	14 434	14 434
* Kälber	t	4 370	4 529	5 188	5 010	4 947	4 296	5 363	5 082	4 943	4 943
* Schweine	t	58	48	45	45	46	33	36	34	44	44
* Geflügel	t	7 705	8 521	9 463	9 352	9 695	7 920	9 293	8 995	9 336	9 336
Geflügel											
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	72	60	14	21	59	94	12	15	31	31
Milch											
* Milcherzeugung	1 000 t	74	77	72	66	69	76	76	69	71	71
* an Molkereien und Händler geliefert	%	91,7	93,2	92,6	92,2	92,8	94,5	93,6	93,1	94,4	94,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,6	9,8	9,3	9,3	10,6	10,3	9,6	9,6	9,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. —

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 914	2 893	2 897	2 894	2 894	2 910	2 910	2 913	2 913
* Beschäftigte	1 000	387	386	389	389	387	398	398	398	396
* Arbeiter 2)	1 000	276	274	276	276	275	283	283	283	281
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 805	39 906	43 122	41 638	37 210	40 581	44 887	42 432	37 008
Löhne und Gehälter	Mill. DM	883	931	913	1 119	1 165	938	1 006	1 223	1 303
* Löhne	Mill. DM	546	571	578	680	679	576	645	746	757
* Gehälter	Mill. DM	337	360	335	439	486	362	361	477	546
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	82	74	67	65	79	74	84	85	83
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	107	119	135	148	150	143	153	156	148
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	193	207	222	222	165	188	200	202
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	30	29	33	36	20	26	29	29
* schweres Heizöl	1 000 t	169	163	178	189	186	145	162	171	173
* Stromverbrauch	Mill. kWh	923	941	1 028	986	966	1 016	1 066	1 017	962
* Stromerzeugung	Mill. kWh	272	258	262	286	296	250	263	291	295
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 733	4 810	5 249	5 040	5 028	5 493	6 190	5 960	5 764
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 374	1 355	1 441	1 396	1 548	1 616	1 816	1 752	1 784
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	122	124	133	138	129	140	141	145 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	126	128	136	141	137	143	144	150 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	124	126	134	138	134	141	142	146	143 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	123	125	132	134	125	135	137	142	133 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	95	97	109	111	81	132	125	120	111 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	126	129	134	137	134	133	135	138	126 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	131	130	134	141	161	151	154	152	168 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	135	139	138	137	213	162	148	142	194 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	117	126	129	113	130	128	134	126 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	65	63	69	64	53	73	70	66	63 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	132	139	156	161	151	161	168	176	166 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	102	98	112	116	80	124	122	121	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	97	100	.	.	101	102
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	171	175	.	.	214	174
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	311	320	346	338	375	153	238	389	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 723	1 848	2 030	2 134	2 265	2 182	2 238	2 135	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	657	688	779	825	978	762	860	885	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 338	1 460	1 577	1 627	1 641	1 563	1 600	1 617	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	207	247	271	342	373	223	291	375	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	195	233	257	321	347	206	266	344	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	69 864	70 664	72 374	72 367	71 468	76 416	75 976	75 377	...
Facharbeiter	Anzahl	39 661	39 639	39 976	39 999	39 628	40 901	40 856	40 495	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 742	15 521	16 225	16 164	15 665	17 812	17 574	17 422	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 232	9 094	10 796	10 125	6 685	10 497	11 516	9 931	...
Privater Bau	1 000	5 855	5 674	6 627	6 277	4 377	6 354	6 915	6 179	...
* Wohnungsbau	1 000	3 911	3 834	4 643	4 364	2 915	4 220	4 718	4 236	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	97	84	86	73	64	95	107	51	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 847	1 756	1 898	1 840	1 398	2 039	2 090	1 892	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 377	3 420	4 169	3 848	2 308	4 143	4 601	3 752	...
Hochbau	1 000	776	696	826	815	480	812	954	773	...
Tiefbau	1 000	2 601	2 724	3 343	3 033	1 828	3 331	3 647	2 979	...
Straßenbau	1 000	1 429	1 459	1 807	1 667	996	1 923	2 115	1 631	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	137	145	162	179	134	174	190	209	...
* Löhne	Mill. DM	119	125	142	154	111	151	167	180	...
* Gehälter	Mill. DM	18	20	20	25	23	23	23	29	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	398	385	493	531	668	473	529	519	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenskoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 176	1 456	1 668	1 413	832	1 495	1 387	1 349	717
* mit 1 Wohnung	Anzahl	931	1 138	1 323	1 011	649	1 111	1 037	1 019	554
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	201	259	280	311	139	319	272	278	140
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	44	59	65	91	44	65	78	52	23
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 146	1 423	1 528	1 468	923	1 388	1 445	1 315	679
* Wohnfläche	1 000 qm	182	227	250	243	137	228	232	215	110
* Wohnräume	Anzahl	8 445	10 675	11 793	12 070	6 328	10 738	11 173	10 110	5 111
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	237	308	337	326	192	338	362	321	170
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	9	4	10	2	4	2	3	1
Unternehmen	Anzahl	155	251	418	413	186	266	185	183	94
Private Haushalte	Anzahl	1 018	1 196	1 246	990	644	1 225	1 200	1 163	622
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	199	237	269	265	168	301	230	254	158
* Umbauter Raum	1 000 cbm	857	896	1 217	970	775	937	701	1 037	576
* Nutzfläche	1 000 qm	148	164	205	176	153	170	130	181	109
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	130	223	136	152	136	108	144	100
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	21	36	28	63	21	45	35	34	22
Unternehmen	Anzahl	173	194	236	191	142	210	162	183	108
Private Haushalte	Anzahl	5	7	5	11	5	46	33	37	28
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 920	2 361	2 599	2 594	1 475	2 356	2 800	2 128	1 091
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 394	1 362	1 531	1 425	1 484	1 537	1 757	1 667	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	70	74	84	83	64	92	115	94	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 324	1 287	1 446	1 342	1 420	1 445	1 642	1 572	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	15	17	16	11	15	18	17	...
* Halbwaren	Mill. DM	76	71	83	80	67	109	109	95	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 233	1 202	1 347	1 246	1 342	1 320	1 515	1 460	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	394	406	444	417	395	481	566	538	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	839	796	903	830	947	839	949	922	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	621	610	683	669	592	777	863	772	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	101	104	118	107	106	134	150	129	...
Dänemark	Mill. DM	28	28	31	32	22	30	39	36	...
Frankreich	Mill. DM	197	188	213	223	198	219	242	241	...
Großbritannien	Mill. DM	81	84	95	101	78	118	130	113	...
Irland	Mill. DM	4	5	5	6	8	7	9	6	...
Italien	Mill. DM	97	98	117	100	92	133	152	129	...
Niederlande	Mill. DM	112	102	104	101	88	136	141	118	...
Österreich	Mill. DM	61	57	62	62	57	73	78	83	...
Schweiz	Mill. DM	55	58	68	53	50	71	80	78	...
USA und Kanada	Mill. DM	75	88	89	87	84	71	91	81	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	311	280	349	249	348	278	312	309	...
Ostblockländer	Mill. DM	72	77	73	101	109	66	75	119	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	834	868	938	943	922	1 116	1 316	1 297	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	142	136	137	151	150	137	171	159	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	692	732	801	792	772	979	1 145	1 137	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	446	484	514	524	489	615	705	640	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	115	116	122	128	129	190	182	145	...
Dänemark	Mill. DM	7	9	10	8	7	10	10	12	...
Frankreich	Mill. DM	124	129	145	149	138	162	189	193	...
Großbritannien	Mill. DM	21	25	31	29	27	35	33	44	...
Irland	Mill. DM	2	2	2	3	3	2	2	3	...
Italien	Mill. DM	75	91	109	102	86	85	116	104	...
Niederlande	Mill. DM	103	112	110	105	99	130	173	138	...
Österreich	Mill. DM	20	25	26	26	29	36	41	40	...
Schweiz	Mill. DM	15	17	22	18	16	22	26	24	...
USA und Kanada	Mill. DM	76	61	56	102	77	51	65	91	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	182	181	209	154	224	219	322	343	...
Ostblockländer	Mill. DM	20	22	22	26	24	50	64	54	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	107	108	108	108	109	109	109	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	183	195	202	212	264	194	225	228	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	198	211	209	235	318	205	231	251	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	183	191	192	197	235	185	210	211	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	163	175	207	207	261	165	222	228	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	192	202	225	248	317	218	265	283	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	177	186	174	242	457	168	200	247	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	180	198	206	187	189	177	207	184	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	129	134	140	146	181	127	147	148	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130	135	138	141	168	130	147	147	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	111	113	133	132	167	101	136	138	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	137	139	154	169	216	142	171	183	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	136	140	130	180	340	119	140	172	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	130	138	142	129	130	118	137	122	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	96	97	101	93	92	106	102	92	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	126	133	134	124	127	152	142	121	...
* Umsatz	1970 = 100	138	143	172	123	128	190	177	121	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	152	157	210	127	124	239	223	123	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	128	133	144	120	132	155	144	120	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	300	360	480	200	145	507	507	220	...
* Ausländer	1 000	62	69	64	22	20	90	61	23	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 121	1 335	1 517	648	537	1 838	1 666	714	...
* Ausländer	1 000	172	210	165	49	54	245	181	56	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 609	1 634	1 805	1 547	1 453	1 568	1 722	1 759	...
* Güterversand	1 000 t	1 308	1 423	1 502	1 238	1 116	1 496	1 801	1 700	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge Krafträder und Motorroller	Anzahl	13 560	14 468	15 070	12 482	9 852	11 464	13 500	11 285	7 659
	Anzahl	352	558	248	173	141	334	317	177	108
* Personen- und Kombinationskraft- wagen	Anzahl	12 197	12 795	13 539	11 298	8 819	10 086	11 881	10 069	6 789
* Lastkraftwagen	Anzahl	526	604	683	602	503	626	804	658	455
Zugmaschinen	Anzahl	409	417	521	323	306	337	420	285	240
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	8 375	8 943	9 575	9 053	10 206	8 726	9 761	9 552	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 948	1 940	2 079	1 869	1 775	2 150	2 109	1 909	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	6 427	7 003	7 496	7 184	8 431	6 576	7 652	7 643	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 752	2 739	2 862	2 595	2 546	2 924	2 899	2 646	...
* Getötete	Anzahl	79	80	77	83	80	74	77	65	...
Pkw - Insassen	Anzahl	43	42	38	38	47	39	30	37	...
Fußgänger	Anzahl	17	19	16	31	25	8	23	23	...
* Verletzte	Anzahl	2 673	2 659	2 785	2 512	2 466	2 850	2 822	2 581	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 601	1 589	1 567	1 652	1 718	1 390	1 493	1 654	...
Fußgänger	Anzahl	280	279	310	264	317	294	277	313	...
Schwerverletzte	Anzahl	858	853	870	805	793	955	903	811	...
Pkw - Insassen	Anzahl	453	452	445	495	493	443	422	483	...
Fußgänger	Anzahl	127	129	130	123	143	123	125	146	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	42 306	48 370	46 806	47 387	48 370	53 206	53 500	54 436	55 404
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	41 587	47 559	46 027	46 634	47 559	52 318	52 536	53 441	54 354
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	33 759	38 898	37 548	38 142	38 898	43 003	43 092	43 700	44 592
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 828	8 661	8 299	8 493	8 661	9 315	9 444	9 741	9 762
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 778	9 380	8 913	9 006	9 380	10 527	10 267	10 522	11 102
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	8 525	9 171	8 729	8 816	9 171	10 290	10 014	10 277	10 786
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	253	208	184	189	208	237	252	246	316
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 540	5 860	5 420	5 611	5 860	6 364	6 422	6 458	6 412
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	3 938	4 924	4 860	4 856	4 924	5 315	5 372	5 366	5 360
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	602	936	560	755	936	1 049	1 050	1 092	1 052
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	28 270	32 319	31 694	32 017	32 319	35 427	35 848	36 461	36 839
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	21 296	24 803	24 139	24 470	24 803	27 398	27 706	28 057	28 446
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 974	7 516	7 555	7 548	7 516	8 029	8 141	8 404	8 393
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	37 882	42 302	40 594	41 548	42 302	43 361	43 603	44 329	45 323
* Sichteinlagen	Mill. DM	5 842	6 972	6 543	7 344	6 972	6 768	6 805	7 578	7 183
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 359	6 449	6 061	6 706	6 449	6 327	6 248	6 856	6 680
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	484	523	482	638	523	441	556	722	503
Termingelder	Mill. DM	8 159	9 752	9 582	9 572	9 752	11 054	11 314	11 355	11 866
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 855	8 539	8 311	8 362	8 539	9 696	10 116	10 191	10 705
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 304	1 213	1 271	1 210	1 213	1 358	1 198	1 164	1 160
* Spareinlagen	Mill. DM	23 881	15 578	24 468	24 631	25 578	25 539	25 485	25 396	26 275
* bei Sparkassen	Mill. DM	13 843	14 813	14 166	14 260	14 813	14 805	14 772	14 724	15 201
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 167	1 174	1 067	1 056	2 040	918	1 133	1 086	2 253
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 033	1 035	935	892	1 093	1 000	1 187	1 171	1 399
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	37	38	41	28	32	40	35	34	35
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	12 677	17 487	3 269	104 957	3 658	7 859	26 775	10 297	9 263
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	971	882	887	884	750	802	855	830	821
* Wechselsumme	1 000 DM	4 021	4 293	4 970	4 387	4 498	3 591	4 395	4 367	4 135
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	872 606	932 837	675 483	949 015	1 603 253	1 292 103	738 883	1 000 601	1 688 834
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	636 104	654 466	400 407	645 495	1 313 006	982 181	446 258	656 019	1 333 157
Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	390 134	395 172	337 744	535 711	641 539	345 165	344 832	551 075	649 207
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	61 986	63 884	-	197 639	-	-	-	207 702	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	152 143	157 763	50 946	26 393	462 466	415 958	72 866	3 280	441 756
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	10 144	11 674	9 200	2 024	7 078	3 414	8 911	6 310	11 005
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	83 683	89 857	2 517	81 367	201 923	217 644	19 649	95 354	231 189
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	16 670	22 887	-	71 552	-	-	-	76 523	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	236 502	278 372	275 076	303 520	290 247	309 922	292 625	344 582	355 677
* Umsatzsteuer	1 000 DM	164 183	201 841	207 979	216 228	221 821	201 245	220 583	232 842	236 678
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	72 319	76 531	67 097	87 292	68 426	108 677	72 042	111 740	118 999
* Bundessteuern	1 000 DM	100 213	116 109	111 058	128 445	198 100	120 523	131 955	128 252	222 165
* Zölle	1 000 DM	8 976	7 624	6 990	11 041	5 096	9 795	12 360	10 215	7 452
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	87 952	106 298	101 533	114 914	190 658	108 993	117 179	115 727	212 757
* Landessteuern	1 000 DM	65 860	64 528	53 127	90 016	61 586	62 781	67 648	86 791	50 943
Vermögensteuer	1 000 DM	19 582	15 163	4 490	39 372	7 606	5 722	3 435	36 735	3 257
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	30 413	32 048	30 823	33 351	32 909	41 231	43 281	32 925	26 853
* Biersteuer	1 000 DM	6 563	6 348	5 931	6 364	5 863	5 636	8 254	6 351	6 294
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	439 899	449 367	.	.	447 686	509 901	.	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	7 377	7 701	.	.	6 673	9 523	.	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	63 714	67 943	.	.	60 731	77 642	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	309 768	313 697	.	.	323 930	366 703	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	26 426	22 260	.	.	20 659	21 895	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	22 424	26 622	.	.	26 155	25 625	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	562 723	610 293	522 428	619 700	1 025 783	766 679	581 443	655 404	1 110 798
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	280 091	287 871	172 731	282 654	578 778	436 951	193 307	289 026	589 565
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	163 192	187 906	185 681	204 883	195 923	209 205	197 529	232 599	240 088
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	52 958	3 718	52 982	-	58 751	5 527	58 980
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	458 416	489 800	395 937	499 997	813 059	645 985	449 702	526 460	860 932
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	279 134	286 796	172 143	281 206	578 235	434 134	192 364	287 048	589 001
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 194	120 068	117 709	125 057	120 256	149 070	130 939	147 094	162 008
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	52 958	3 718	52 982	-	58 751	5 527	58 980
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	555 654	571 486	.	.	621 910	625 496	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	197 767	203 584	.	.	210 482	237 690	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	227 756	232 232	.	.	287 672	244 608	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	103,7	106,5	106,6	106,9	107,3	111,9	112,2	112,6	113,1
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	104,9	106,4	105,3	105,6	106,1	108,2	108,5	108,9	109,4
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1970 = 100	150,7	159,7	.	162,8
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	465	489	495	.	.	.	523	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	497	523	530	.	.	.	561	.	.
* Facharbeiter	DM	526	553	561	.	.	.	594	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	478	501	506	.	.	.	535	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	407	425	431	.	.	.	463	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	326	346	351	.	.	.	367	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	315	334	337	.	.	.	356	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	11,01	11,59	11,74	.	.	.	12,39	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	11,63	12,23	12,40	.	.	.	13,09	.	.
* Facharbeiter	DM	12,27	12,92	13,08	.	.	.	13,81	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	11,18	11,73	11,89	.	.	.	12,54	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	9,56	10,02	10,11	.	.	.	10,88	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	8,18	8,69	8,82	.	.	.	9,27	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	7,89	8,34	8,47	.	.	.	8,95	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,2	42,1	42,2	.	.	.	42,2	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,6	42,8	.	.	.	42,8	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,8	39,8	.	.	.	39,6	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	2 333	2 475	2 514	.	.	.	2 648	.	.
* männlich	DM	2 078	2 210	2 249	.	.	.	2 372	.	.
* weiblich	DM	2 553	2 704	2 752	.	.	.	2 895	.	.
Technische Angestellte	DM	1 640	1 745	1 772	.	.	.	1 879	.	.
* männlich	DM	2 945	3 098	3 137	.	.	.	3 304	.	.
* weiblich	DM	3 019	3 173	3 212	.	.	.	3 385	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 999	2 132	2 158	.	.	.	2 266	.	.
* männlich	DM	2 719	2 871	2 908	.	.	.	3 064	.	.
* weiblich	DM	2 440	2 584	2 615	.	.	.	2 763	.	.
Technische Angestellte	DM	2 869	3 037	3 074	.	.	.	3 254	.	.
* männlich	DM	1 929	2 047	2 075	.	.	.	2 188	.	.
* weiblich	DM	2 999	3 153	3 194	.	.	.	3 357	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	3 063	3 218	3 259	.	.	.	3 426	.	.
* männlich	DM	2 107	2 243	2 272	.	.	.	2 378	.	.
* weiblich	DM	1 856	1 988	2 030	.	.	.	2 142	.	.
Technische Angestellte	DM	1 842	1 974	2 016	.	.	.	2 128	.	.
* männlich	DM	2 296	2 449	2 508	.	.	.	2 628	.	.
* weiblich	DM	1 485	1 586	1 612	.	.	.	1 717	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 400	61 327	61 332	61 335	61 332	61 375 ^P	61 402 ^P
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 874	27 351	33 963	26 491	20 446	38 911 ^P	31 716 ^P	28 702 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 529	48 039	48 583	46 495	43 328	50 947 ^P	48 569 ^P	51 136 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 744	60 268	55 155	59 324	57 823	55 502 ^P	53 748 ^P	60 874 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (→)	Anzahl	- 10 215	- 12 229	- 6 572	- 12 829	- 14 495	- 4 555 ^P	- 5 179 ^P	- 9 738 ^P	...
Arbeitslose	1 000	1 030	993	864	902	927	799	737	762	799
Männer	1 000	518	489	389	403	422	347	316	330	360
Offene Stellen	1 000	231	246	252	248	234	339	320	307	285
Männer	1 000	141	154	164	163	153	223	215	207	189
Kurzarbeiter	1 000	231	191	109	127	155	23	37	61	66
Männer	1 000	181	149	82	93	118	13	22	39	41
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	21 386	22 641	.	.	.	23 647
Schlachtmenge 4)	1 000 t	331	349	362	398	382	358	349
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	114	117	123	125	131	106	130	129	138 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	116	119	124	125	132	105	130	130	139 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	114	116	121	123	129	103	128	127	136 ^P
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	112	117	122	124	126	119	132	131	135 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	116	124	122	129	92	128	125	137 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	114	115	122	126	131	97	130	128	136 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	118	122	120	129	137	115	127	133	144 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	95	103	120	119	120	112	133	126	128 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 632	7 584	7 637	7 628	7 621	7 653	7 685	7 691	7 691
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	791	772	789	834	815	719	767	858	820
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	80 261	83 379	90 948	90 658	89 256	86 609	96 885	104 209	100 542
Auslandsumsatz	Mill. DM	18 966	20 018	22 530	21 033	20 723	19 983	23 398	24 662	24 226
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	27 943	29 451	28 086	31 288	33 262	27 633	28 220	31 322 ^P	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 507	3 590	3 445	3 454	3 673	3 311	3 078	3 655	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 168	1 190	1 236	1 229	1 221	1 247 ^P	1 250 ^P	1 264 ^P	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	143	141	162	173	160	148 ^P	160 ^P	186 ^P	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 156	6 499	7 298	8 127	9 018	7 590 ^P	8 313 ^P	9 054 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 018	17 114	21 712	22 045	19 372	15 844	16 591	17 308	13 276
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 015	16 149	20 485	20 783	17 953	14 865	15 585	16 164	12 217
Wohnfläche	1 000 qm	2 913	2 796	3 558	3 645	3 426	2 713	2 771	2 928	2 378
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 241	3 057	3 872	3 702	3 287	2 563	2 858	3 153	2 471
Wohnungen insgesamt (alle Bau-maßnahmen)	Anzahl	31 603	29 232	36 590	38 171	36 578	28 355	28 519	31 114	25 620
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	22 794	23 714	24 824	26 668	25 394	24 700	25 158	29 953	28 705
EG-Länder	Mill. DM	10 225	10 864	11 276	12 433	11 832	11 229	12 524	14 977	13 723
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 783	1 961	2 075	2 360	2 066	2 137	2 257	2 635	2 433
Dänemark	Mill. DM	502	527	566	609	582	580	557	679	655
Frankreich	Mill. DM	2 804	2 907	2 974	3 216	3 204	2 640	3 210	3 954	3 563
Großbritannien	Mill. DM	1 218	1 403	1 424	1 667	1 505	1 635	1 746	1 989	1 851
Irland	Mill. DM	65	84	89	89	95	92	92	119	107
Italien	Mill. DM	1 561	1 619	1 703	1 862	1 859	1 577	2 045	2 576	2 304
Niederlande	Mill. DM	2 293	2 363	2 446	2 628	2 521	2 569	2 616	3 025	2 811
Österreich	Mill. DM	1 212	1 218	1 322	1 395	1 315	1 340	1 411	1 661	1 585
Schweiz	Mill. DM	1 048	1 201	1 391	1 401	1 213	1 252	1 398	1 579	1 510
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 857	1 951	2 159	1 940	1 724	1 646	2 104	2 144
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 899	3 956	4 007	4 387	4 183	3 905	3 420	4 212	4 225
Ostblockländer	Mill. DM	1 392	1 470	1 490	1 459	1 519	1 740	1 353	1 433	1 724

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	19 592	20 320	20 100	21 870	21 843	23 724	23 263	28 151	27 196
EG - Länder	Mill. DM	9 444	9 981	9 859	10 870	10 710	10 947	11 001	13 667	12 733
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 630	1 711	1 745	1 895	1 876	1 679	2 044	2 358	1 973
Dänemark	Mill. DM	296	334	373	407	361	383	381	511	460
Frankreich	Mill. DM	2 275	2 357	2 212	2 568	2 570	2 282	2 416	3 092	2 901
Großbritannien	Mill. DM	871	1 005	1 053	1 073	1 135	1 684	1 382	1 735	1 751
Irland	Mill. DM	76	80	83	115	88	76	93	121	105
Italien	Mill. DM	1 727	1 931	1 863	2 254	2 064	2 035	1 843	2 601	2 242
Niederlande	Mill. DM	2 568	2 562	2 530	2 559	2 615	2 807	2 842	3 248	3 300
Österreich	Mill. DM	508	593	640	687	664	667	723	842	779
Schweiz	Mill. DM	656	790	817	944	902	785	851	949	1 033
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 617	1 493	1 746	1 851	1 927	1 689	2 333	2 358
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 002	3 641	3 597	3 563	3 619	4 875	4 619	5 262	5 020
Ostblockländer	Mill. DM	945	1 044	1 104	1 240	1 171	1 495	1 324	1 664	1 569
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	170,7	180,7	177,5	187,4	198,5	178,8	178,5 ^P	204,3 ^P	213,4 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	146,7	151,5	167,9	159,5	136,1	175,0	180,4	169,0 ^P	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 087	1 212	1 165	1 173	1 191	1 286	1 299	1 307	1 329 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	839	929	892	897	909	988	1 002	1 008	1 019 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	248	283	274	276	282	299	298	300	310 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	820	902	853	865	878	911	914	916	925 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	437	466	445	448	450	467	466	465	463 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	18 160	19 555	25 393	16 890	15 602	18 037	28 088	17 879	17 006 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 208	12 719	19 876	9 318	8 574	9 592	21 372	9 347	8 651 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	7 564	7 668	7 586	7 811	7 677	8 318	8 008	8 003	7 843 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 959	3 119	7 907	825	478	834	8 212	787	354 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	5 224	6 106	5 513	5 939	6 449	7 824	6 705	6 760	7 735 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 280	3 886	3 376	3 704	3 996	4 742	3 907	3 804	4 364 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 398	3 578	3 093	3 970	3 941	4 015	3 171	4 170	3 969 ^P
Zölle	Mill. DM	312	306	302	313	339	341	329	392	377 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 901	3 084	2 630	3 498	3 413	3 444	2 686	3 619	3 399 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel 3)	1970 = 100	152,0	151,6	150,9	150,7	151,0	159,1	159,1	159,0	159,7 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte 3)	1970 = 100	142,3	137,0	135,3	134,1	135,7	138,2	141,0	140,9	143,4 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 3)	1970 = 100	144,5	146,3	146,6	146,8	147,2	155,1	155,7	156,4	157,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1970 = 100	148,7	157,4	.	.	160,5	174,1
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1970 = 100	150,7	159,7	.	.	162,8	176,8
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	131,4	139,5	.	.	143,0	158,8
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	103,7	106,5	106,5	106,6	106,9	111,6	111,9	112,2	112,6
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	104,9	106,4	105,6	105,3	105,6	108,3	108,2	108,5	108,9
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	104,8	109,4	110,1	110,5	110,9	114,7	115,6	116,3	116,7
Wohnungsmiete	1976 = 100	103,4	106,4	106,9	107,1	107,3	110,2	110,8	111,4	111,9
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	100,9	103,3	103,2	103,4	104,9	130,4	129,8	128,5	129,9
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	103,2	106,8	106,2	106,7	107,3	110,5	110,8	111,2	111,9
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	1976 = 100	102,1	105,1	105,5	105,6	105,6	111,9	112,1	112,2	112,3
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	103,9	108,0	108,8	109,2	109,5	113,2	113,8	114,2	114,6
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	101,7	103,4	103,6	103,8	103,8	106,0	106,6	106,7	106,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	105,4	109,4	110,3	110,5	110,6	115,3	115,9	116,2	116,4

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Im September 1979 lebten 148 300 Ausländer in Rheinland-Pfalz

Von den 3,63 Mill. Personen, die Ende September 1979 in Rheinland-Pfalz lebten, war jeder 25. ein Ausländer. Die besondere Bedeutung dieses Personenkreises für die Bevölkerungsentwicklung und den Arbeitsmarkt zeigt sich daran, daß von jedem neunten Neugeborenen mindestens ein Elternteil Ausländer ist, aber nur jeder 130. Gestorbene ist Nichtdeutscher. Von den Erwerbstätigen ist jeder 20. Ausländer, von den Arbeitslosen jeder 13.

Die Zahl der Ausländer hat zwischen 1978 und 1979 um 4,5% auf 148 315 Personen zugenommen, 86 866 waren Männer. Damit besteht bei den Ausländern weiterhin mit 59 Männern zu 41 Frauen ein starker Männerüberschuß, während bei den Deutschen mit 47 zu 53 die Frauen in der Überzahl waren. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtzahl der Ausländer betrug fast 24% (Deutsche 19%). Diese Anteilswerte der ausländischen Bevölkerung steigen seit längerem, die der deutschen sind rückläufig. So kam 1976 auf 24 deutsche Kinder noch ein ausländisches Kind. 1979 hat sich dieses Verhältnis bereits auf 19 zu 1 reduziert.

Die zahlenmäßig stärksten Ausländergruppen sind Türken (29%), Italiener (17,7%) und Jugoslawen (11,5%). Diese heute mit einem Anteil von 58% wichtigsten drei Nationalitäten hatten früher eine geringere Bedeutung. So war 1970 erst jeder zweite und 1960 etwa jeder fünfte Ausländer in Rheinland-Pfalz Staatsbürger eines dieser drei Länder.

Der bestehende Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte und die teilweise sehr schlechte wirtschaftliche Lage in den Heimatländern der Gastarbeiter führte bei den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern zu einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer. Waren 1975 erst 21,1% aller Ausländer des Landes länger als zehn Jahre in Deutschland, so hielt sich 1979 bereits fast ein Drittel mehr als ein Jahrzehnt hier auf. Unter den Europäern hatte mehr als die Hälfte aller Luxemburger, Niederländer, Schweizer und Österreicher eine so lange Aufenthaltsdauer zu verzeichnen, wogegen sich nur 15,2% aller Türken schon seit über zehn Jahren im Bundesgebiet aufhielten. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 25

Starke Zunahme des Geschäftsanfalls bei den Verwaltungsgerichten

Der Geschäftsanfall bei den Verwaltungsgerichten des Landes hat im letzten Jahrzehnt außerordentlich zugenommen. So lagen bei den Gerichten der ersten Instanz in Koblenz, Trier, Mainz und Neustadt die Neuzugänge im Jahre 1978 (8 116) um das Zweiein-

halbache über den Zugängen des Jahres 1969. Mit einer Zunahme um 337% hat sich der Geschäftsanfall beim Oberverwaltungsgericht Koblenz in noch stärkerem Maße ausgeweitet.

Insgesamt registrierten die Gerichte der ersten Instanz in den letzten zehn Jahren 44 779 Eingänge, unter denen die Streitigkeiten über das Abgaben- und Gemeindefinanzrecht sowie die Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht betreffenden Klagen und Anträge mit je einem Fünftel aller Eingaben die größten Gruppen bildeten. Anteilsmäßig wichtig waren noch die Streitigkeiten aus den Bereichen Bau-, Boden- und Naturschutzrecht (14,3%) und Wehrrecht (13,6%).

Von den bei den vier Verwaltungsgerichten im Berichtszeitraum anhängigen 47 027 Verfahren (einschließlich Restanten aus 1968) wurden 40 235 oder 86% erledigt. Bei zwei Drittel der Erledigungen handelte es sich um Klagesachen, zu denen zu fast gleichen Anteilen ein Urteil (37,7%) oder ein Beschluß (38,8%) erging. 9% endeten mit einem Vergleich. Ein Drittel der Erledigungen betraf Aussetzungsverfahren. Sie endeten zu 94% durch Beschluß.

Auch beim Oberverwaltungsgericht machten die das Schul-, Hochschul- und Prüfungsrecht betreffenden Zugänge (1 811) ein Fünftel aller eingereichten Klagen aus (9 049). Es folgen die Streitigkeiten aus dem Bau-, Boden- und Naturschutzrecht (16,7%) sowie dem Abgaben- und Gemeindefinanzrecht (12,8%). An vierter Stelle rangieren die Eingaben in Sachen Flurbereinigungsrecht (11,1%), welche - ebenso wie die Normenkontrollverfahren, die 51mal während des Berichtszeitraumes beantragt wurden - ausschließlich durch das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden sind.

Die 9 316 bei diesem Gericht anhängig gewordenen Verfahren konnten zu 85% erledigt werden. Zumeist handelte es sich hierbei um echte Berufungssachen (39%) und um Beschwerdesachen (46%). Während die Berufungssachen hauptsächlich (62%) durch Urteil beendet wurden, fanden die Beschwerdesachen zu 90% ihre Erledigung durch Beschluß. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 32

Weniger tödlich verunglückte Kinder

Im Jahre 1979 verunglückten auf rheinland-pfälzischen Straßen 57 Kinder unter 15 Jahren tödlich. Das ist die niedrigste Zahl seit 1965 (für dieses Jahr liegen erstmals nach dem Alter getrennte Angaben über Verkehrsunfälle vor). 27 verunglückte Kinder waren Fußgänger, 19 Radfahrer und elf Mitfahrer, zumeist von Personenkraftwagen.

15 Verunglückte waren jünger als sechs Jahre, 18 sechs bis neun Jahre und 24 zehn bis 14 Jahre alt. Die als Fußgänger Verunglückten waren zumeist jünger als sechs Jahre (48%), die als Radfahrer Verunglückten zehn bis 14 Jahre (63%). gz

Angestelltenverdienste in der chemischen Industrie von 1974 bis 1979 um 33,8% gestiegen

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz sind von Oktober 1974 bis Oktober 1979 um 33,8% auf 3 407 DM gestiegen. Bei den kaufmännischen Angestellten betrug die Steigerung 37,6% (3 170 DM), bei den technischen Angestellten 29,7% (3 594 DM).

Die Monatsverdienste der männlichen kaufmännischen Angestellten erhöhten sich um 35,2% auf 3 591 DM, die ihrer Kolleginnen um 41,4% auf 2 655 DM. Bei den technischen männlichen Angestellten nahmen sie um 29,3% (3 689 DM), bei den Frauen um 35,9% (2 725 DM) zu. ze

Bruttostundenverdienste der Investitionsgüterindustrie stiegen in den letzten fünf Jahren um 38%

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Investitionsgüterindustrie von Rheinland-Pfalz erhöhten sich von Oktober 1974 bis Oktober 1979 um 38% auf 12,39 DM. Bei den Männern (12,98 DM) betrug die Steigerung 38%, bei den Frauen (9,88 DM) 43%. Die Bruttowochenverdienste nahmen um 40% zu.

Angestellte verdienen im gleichen Zeitraum monatlich 41% mehr (2 992 DM). Die Verdienste der männlichen Angestellten stiegen um 39% auf 3 305 DM, die der weiblichen um 42% auf 2 045 DM. ze

Bruttostundenverdienste in den Verbrauchsgüterindustrien um 5,3% gestiegen

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter in den Verbrauchsgüterindustrien in Rheinland-Pfalz erhöhten sich von Oktober 1978 bis Oktober 1979 um 5,3% auf 10,72 DM. Die Stundenlöhne der Männer sind um 5,4% auf 12,15 DM, die der Frauen um 5,7% auf 8,60 DM gestiegen.

Die Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter nahmen im gleichen Zeitraum um 4,1% auf 511 DM zu, diejenigen der Arbeiterinnen um 5,9% auf 341 DM. Männliche kaufmännische Angestellte erhielten im Monat 8% mehr (3 087 DM), weibliche 5,5% (1 899 DM). ze

Gas 12% teurer

Im Januar 1980 waren verstärkt Steigerungen der Verbraucherpreise festzustellen. Als Hauptgründe hierfür sind zu nennen ein saisonalbedingtes Anziehen der Preise für Frischgemüse und Obst, die Neukalkulation der Preise nach erfolgter Inventur, der

Einkauf neuer, vielfach teurer Waren im Anschluß an den lagerräumenden Weihnachtsverkauf sowie der erneut gestiegene Heizölpreis und die beträchtliche Anhebung des Gaspreises.

Seit Dezember 1979 stiegen in Rheinland-Pfalz am stärksten die Preise für Frischgemüse. Mit einem Preisaufschlag von 43% lagen Tomaten an der Spitze, gefolgt von Kopfsalat (+ 30%) und Blumenkohl (+ 19%). Auch inländisches Obst und Bananen zogen im Preis an. Apfelsinen wurden um 9% billiger. Die Zahl der von Preiserhöhungen betroffenen Nahrungsmittel war zwar durchweg höher als im Vormonat, die Teuerungsraten selbst blieben aber weitgehend unter 1%. Ebenfalls zahlreicher als im Dezember, in ihrer Höhe aber nicht gravierend, waren die Preisaufschläge bei Textil- und Lederwaren sowie sonstigen industriellen Erzeugnissen. Eine Ausnahme machten vergoldete und versilberte Artikel sowie Heizöl (+ 4%) und Gas (+ 12%).

Diese Feststellungen allein sagen allerdings nur bedingt etwas über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten insgesamt aus. Dazu muß nicht nur die Höhe der jeweiligen Preisveränderung, sondern insbesondere auch der mengenmäßige Anteil jeder Ware und Leistung am Gesamtaufwand eines Haushaltes berücksichtigt werden. wf

Themen der letzten Hefte**Heft 12/Dezember 1979**

Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung 1979
Bevölkerungsfortschreibung
Regionale Schülerprognose - Teil 2
Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1979

Heft 1/Januar 1980

Amtliche Wahlstatistik und Wahlforschung
Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe
Außenhandel mit den EG-Anwärtarn 1970 bis 1978
Landwirtschaftliche Betriebe 1975 bis 1979
Vorausschätzung der regionalen Geburtenhäufigkeit - Teil 1
Todesursachen 1968 bis 1978

Themen der folgenden Hefte

Maschinelle Kostenrechnung in Krankenhäusern
Konsequenzen der bisherigen und künftigen Bevölkerungsentwicklung
Meldepflichtige Krankheiten 1979
Weinbau 1979
So heizen die Rheinland-Pfälzer
Strukturwandel im Einzelhandel
Veränderungen im gastronomischen Angebot
Staatliches und kommunales Personal 1979

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSFESTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.